

ZUKUNFT BRAUCHT ERFAHRUNG

souverän

16. Bundesdelegierten-
versammlung der
Senioren-Union 2016:

**„Wir wollen mehr
Mitverantwortung!“**

US-Wahlen:

Trump war bloß die Krönung

Innere Sicherheit:

Organisierte Kriminalität
nicht mehr unter Kontrolle?



Gebeco
LÄNDER ERLEBEN

- ▶ Panoramen an den Moher und Sleat Klippen
- ▶ Whiskeydestillerie mit Verkostung
- ▶ Reizvolle Dingle-Halbinsel

€ 150 Preisvorteil p. P. für Mitglieder der CDU Senioren Union und einer Begleitperson



Übernachtung im Herrenhaus zum Reiseabschluss

Irland – goldener Herbstzauber auf der grünen Insel

1. Tag: Flug nach Irland Mit dem Zug fahren Sie zum Flughafen Frankfurt (oder optionaler innerdeutscher Anschlussflug). Flug mit Lufthansa um 10:00 Uhr nach Dublin. Sie fahren nach Clonmacnoise, an den Ufer des Flusses Shannon. Es war bis ins 12. Jahrhundert das wichtigste Kloster des Landes. Weiterfahrt nach Limerick. (A)

2. Tag: Limerick: Klippen, Burren und Galway Die Cliffs of Moher sind ein spektakulärer landschaftlicher Höhepunkt der Reise. 200m stürzen die Felsen senkrecht in die Brandung des Atlantik. Sie überqueren die Karsthochfläche des Burren. Diese Landschaft war einst besiedelt. Jetzt bietet die Kalkhochfläche bizarre Steinformationen und botanische Besonderheiten. Auch Hochkreuze in Kilfenora erinnern an die frühchristliche Vergangenheit. Anschließend bummeln Sie durch die hübsche Stadt Galway. Rückkehr nach Limerick. Wie wäre es am Abend mit einer gemeinsamen Pub Tour? (F, A)

3. Tag: Limerick – Dingle Halbinsel – Tralee Auf dem Weg zur Dingle-Halbinsel halten Sie in Adare, das als schönstes Dorf Irlands gilt. Der Sandstrand von Inch, wo einst der preisgekrönte Film „Ryan’s Daughter“ gedreht wurde, lädt zu einem Spaziergang ein. Anschließend fahren Sie die bizarre Küstenstraße Sleat Drive entlang, besuchen das frühchristliche Gallarus-Oratorium und schlendern durch Dingle Town. (F, A)

4. Tag: Tralee: Ring of Kerry Ein Tag zum Entspannen oder folgen Sie uns auf einen optionalen Ausflug. Der 180 Kilometer lange „Ring of Kerry“ zählt zu den schönsten Panoramastraßen Irlands. Es bieten sich überraschende Ausblicke auf schroffe Klippen, grüne Berghänge und Sandstrände. Nach Wunsch besteht die Möglichkeit, ein Stück durch den Killarney Nationalpark zum Herrenhaus „Muckross“ zu wandern. Besuch der wunderschön angelegten Gärten. (F, A)

5. Tag: Tralee – Grafschaft Tipperary Fahrt von der bergigen Westküste Irlands nach Cork entlang der Küste. Das Klima ist mild, den Straßenrand säumen Rhododendren und Fuchsien. Im Küstenstädtchen Kinsale, mit seinen bunten gestrichenen Häusern, erwartet Sie ein farbenreicher Kontrast zum dunklen Blau des Atlantischen Ozeans und zum dunklen Grün der Kerry Berge. Sie erkunden Cork, die zweitgrößte Stadt der Republik Irland. Das Zentrum der lebendigen Metropole mit seiner viktorianischen Architektur, der bekannten Markthalle und Cafés lädt zur Promenade ein. Weiter geht die Fahrt durch das fruchtbare Tal des Blackwater River bis nach Clonmel. (F, A)

6. Tag: Grafschaft Tipperary – Rock of Cashel – Grafschaft Kildare Am Morgen erleben Sie den malerisch gelegenen Rock of Cashel, einen der frühen irischen Königssitze. Durch die Midlands reisen Sie zum herrschaftlichen Anwesen, in dem Sie am

Ende der Reise zu Gast sind. Unterwegs besuchen Sie die Old Killbeggan Destillerie, die älteste lizenzierte Whiskey-Brennerei der Welt. Wo sonst kann man die vielen Schritte der Destillation eines echten irischen Whiskeys besser kennen lernen? Mit einer Kostprobe endet der Ausflug in die Welt des „Wassers des Lebens“. (F, A)

7. Tag: Ganztägige Erkundung Dublins Den letzten Tag Ihrer Rundreise wird man Sie komplett der Erkundung Dublins: per Bus und auch zu Fuß. Auf Ihrer Wegstrecke liegt auch die Hauptkirche St. Patrick’s Cathedral (von innen). Sie besuchen das Trinity College, die bedeutendste Universität des Landes. Oscar Wilde, Oliver Goldsmith oder Samuel Beckett haben hier ihre Studienzeiten verbracht. Kommen Sie mit in die Old Library. Hier finden Sie ein Meisterwerk der Buchmacherskunst, das „Book of Kells“ und andere Buchschätze. Wenn Sie mögen, haben Sie am Nachmittag noch etwas Zeit für einen individuellen Bummel in der Hauptstadt. (F, A)

8. Tag: Heimreise Fahrt zum Flughafen Dublin und Rückflug nach Deutschland. Ankunft in Frankfurt um 15:10 Uhr. (F)

Flugplan-, Hotel- und Programmänderungen bleiben ausdrücklich vorbehalten.

(F=Frühstück, A=Abendessen)

Anmelde-schluss 28.02.2017

Irland | 8-Tage Erlebnisreise ab € 999

Termine und Preise p.P. im Doppelzimmer für Mitglieder der CDU Senioren-Union und eine Begleitperson
13.09. bis 20.09.2017 € 1.049
04.10. bis 11.10.2017 € 999
 Aufpreis Einzelzimmer € 210
 Aufpreis für Nichtmitglieder* € 150

* Die Begleitperson eines Mitgliedes zahlt keinen Aufpreis

Aufpreis für innderdeutschen Lufthansa-Anschlussflug nach Frankfurt und zurück ab Berlin, Bremen, Dresden, Düsseldorf, Friedrichshafen, Hamburg, Hannover, Leipzig/Halle, München, Münster/Osnabrück, Nürnberg und Stuttgart je nach Verfügbarkeit € 99

Vorübernachtung im Hotel am Flughafen Frankfurt. Preise auf Anfrage.

Ausflug „Ring of Kerry“ (4.Tag) € 38
 Teilnehmerzahl mind. 20 Personen. Preis p. P.

Leistungen, die überzeugen

- ▶ Zug zum Flug (2. Klasse)
- ▶ Flüge mit Lufthansa von Frankfurt nach Dublin und zurück in der Economy-Class, 23 kg Freigepäck
- ▶ Luftverkehrssteuer, Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren (Stand 11/16)
- ▶ Transfers am An- und Abreisetag
- ▶ Rundreise/Ausflüge im landestypischen Reisebus internationalen Standards mit Klimaanlage
- ▶ 7 Hotelübernachtungen (Bad oder Dusche/WC)
- ▶ 7x Frühstück, 7x Abendessen
- ▶ Kompl. Besichtigungsprogramm laut Reiseverlauf
 - ▶ Besuch der Klostersruine Clonmacnoise
 - ▶ Tosendes Cliff of Moher
 - ▶ Ausflug in die Universitätsstadt Galway
 - ▶ Reizvolle Dingle Halbinsel
 - ▶ Irische Geschichte am Monument Rock of Cashel
 - ▶ Whiskeydestillerie mit Verkostung
 - ▶ Ganztägige Erkundung Dublins
 - ▶ Besichtigung der Bibliothek des Trinity College
- ▶ Alle Eintrittsgelder (€ 40)

- ▶ Deutsch sprechende Gebeco Reiseleitung
- ▶ Umfangreiche Gebeco Reiseinformationen
- ▶ Ausgewählte Reiseliteratur

Teilnehmerzahl mind. 25 Personen

Ihre Hotels

Ort	Nächte/Hotel	Landeskat.
Limerick	2 George	★★★★
Tralee	2 Ballygarry House	★★★★
Co Tipperary	1 Clonmel Park	★★★★
Co Kildare	2 Moyvalley Resort	★★★★

Veranstalter Gebeco GmbH & Co. KG, Holzkoppelweg 19, 24118 Kiel

Hinweis Es gelten die Reisebedingungen und Hinweise der Gebeco GmbH & Co. KG, Kiel. Aufgrund der begrenzten Kapazitäten, insbesondere bei den innerdeutschen Anschlussflügen ist eine umgehende Buchung zu empfehlen!

Informieren und Anmelden Das Anmeldeformular und detaillierte Reiseausschreibung für die **SU-Irlandreise** und für unsere **8-Tage SU-Erlebnisreise „Baltikum – drei Länder, Kulturen und Völker“** ab € 899 (noch wenige Plätze vorhanden!) erhalten Sie über unser Reise-Service-Telefon für Leser der Souverän: **0431 544 66 88** oder direkt auf unserer Internetseite zum runterladen **www.senioren-union.gebeco.de**

*Sehen mußte man sich besser
als sie sind, ihnen sind Freunde,*



Immanuel Kant hat es einmal auf den Punkt gebracht: „Alles Wissen stammt aus der Erfahrung!“ Deshalb ist die Politik gut beraten, die Erfahrungen der älteren Generation bei ihrer Entscheidungsfindung stärker zu berücksichtigen, als das bisher der Fall war. Und die Jüngeren sollten daran denken, dass Erfahrung ein Schatz von besonderer Qualität ist, auf den man nicht unbedingt noch bei jeder Gelegenheit feierlich hinweisen muss. Ebenso wenig sollte man vergessen, dass „Schaden klug macht“ und ebenfalls eine Erfahrung ist, die häufig zwar bitter ist, aber uns mahnt, einen Fehler tunlichst nicht ein zweites Mal zu begehen.

Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung haben solche Erkenntnisse eine ganz besondere Aktualität. Ob man es begrüßt oder nicht, bedauert oder gar als belastend empfindet: Nur mit Hilfe der Älteren kann die CDU als die bisher erfolgreichste Volkspartei in der europäischen Nachkriegsgeschichte in unserem Land die Wahlen gewinnen und die weiter bestimmende politische Kraft bleiben. Allein Vernunftsgründe gebieten es, den Älteren in der Senioren-Union eine stärkere Mitbestimmung bei politischen Entscheidungen und eine gleichgewichtige Mitwirkung in den Gremien vom Gemeinde- bis zum Europaparlament wie in den Vorständen der Partei vom Ortsverband bis zu allen überörtlichen Vertretungsorganen einzuräumen. Wenn dagegen aus einer mit Vorurteilen belasteten und weniger kompetenten, aber umso redseligeren Ecke der Gesellschaft der schlechte Ruf nach einer stärkeren Verjüngung der Partei ertönt, so sollten wir solch politpubertären Zeitgeistkläffern des Jugendkults die allseits historisch unwiderlegte Erfahrung entgegenhalten, dass eine erfolgreiche Politik nur in der Gemeinschaft von klugen alten und klugen jungen Politikern realisiert werden kann.

Wenn sich die Politik angemessen und vorurteilsfrei auf den demographischen Wandel einstellen will, so müssen alle, wohlgermerkt alle Altersgruppen an der zukünftigen gesellschaftlichen Gestaltung unseres Landes beteiligt werden. Nur auf diese Weise können sozialstaatliche und demographisch gebotene Reformen im Konsens umgesetzt werden. Das bedeutet keine Metamorphose, eben keine Verwandlung der CDU, sondern Aufrechterhaltung von Grundwahrheiten, die die CDU so erfolgreich gemacht haben. Mit einem Hickhack unter den Generationen gelingt das jedenfalls nicht. Vielmehr würde ein solches Verhalten alles gefährden, was für den Erhalt wirtschaftlicher Stabilität, Vitalität und sozialer Sicherheit notwendig ist. Unser Land braucht eine politische Führungsschicht, die im Kontext von Jung und Alt und in einer generationsübergreifenden Verantwortung denkt und handelt und die um die natürliche Abhängigkeit von Jung und Alt im Leben der Gesellschaft weiß. In einem erstrebenswerten Zustand haben wir sie derzeit jedenfalls nicht. Natürlich sind gleichermaßen für Jung und Alt alle Türen offen, durch die die gewählten Persönlichkeiten in alle möglichen Entscheidungsräume der Politik, sogar Kabinettsäle, eintreten können. In der Praxis wird den Älteren aber kaum eine Gelegenheit gegeben, die Türschwelle zu überschreiten, im günstigsten Fall dürfen sie allenfalls zur Erbauung einen Blick ins Innere der bedeutenden wie geheimnisvollen Camera obscura werfen. Das ist die Krux, die wir Ältere zu Recht ändern wollen. Wir brauchen überall und zu jeder Zeit junge und alte umsichtige Politiker, die im Miteinander und Austausch von Erfahrung und belebender Vitalität und sogar in gemeinsamer Begeisterung, jawohl, sich kraftvoll den Risiken der Zukunft stellen. Bei der stetig ansteigenden Mehrheit der älteren Bürgerinnen und Bürger muss endlich als Gebot der Vernunft die Einsicht Platz greifen, dass ohne sie kaum Politik durchgesetzt werden kann und eine Politik gegen sie nichts Gutes verheißt und am Ende die soziale Gerechtigkeit auf der Strecke bleiben würde. Die Union sollte umso mehr der Gemeinsamkeit von Alt und Jung mehr

Beachtung schenken, sie nach Kräften fördern, begleiten, weil sie die Republik erst stark und gegenwartstauglich macht.

Natürlich wissen die Älteren, dass die Jüngeren sich Sorgen machen, im Berufsleben infolge zu hoher Soziallasten unverschuldet in eine Überschuldungs- und Überforderungsfalle zu geraten, die ihnen jede eigene Entfaltungsmöglichkeit zu nehmen droht. Aber auch die Älteren haben Befürchtungen, wonach die sozialen Sicherungssysteme in Zukunft kein Schutzschild gegen Altersarmut mehr sein könnten. Zur Lösung dieses Problems bedarf es aber eines Dialogs und nicht eines Macht- und Verteilungskampfes. Hinweise auf eine „Rentnerschwemme“ oder die Gefahr einer „Ausplünderung der Jungen durch die Alten“ sind deshalb schlimme Diffamierungen, die Vorurteile nähren. Es sind Provokationen, die die Zusammenarbeit der Generationen im Sinne innovativer Gemeinschaftsarbeit erheblich gefährden und die man besser unterlassen sollte. Unsere Demokratie baut auf das Vertrauen der Generationen untereinander und nicht auf Verdächtigungen, die die Kluft zwischen Jungen und Alten vergrößert, anstatt sie zu überbrücken.

Die Senioren-Union weiß um die zunehmende Zahl ihrer Altersgenossen, und sie weiß auch, dass deren Einfluss wächst. Deshalb will sie unmissverständlich und unzweideutig klarmachen, dass ihr an einer nur auf sie selbst bezogenen Altenpolitik nicht gelegen ist und sie eine wie auch immer apostrophierte „Altenrepublik“ sogar als Gefahr betrachtet. Was sie dagegen will, und das mit gutem Recht, ist eine gleichberechtigte Partnerschaft mit der jüngeren Generation in der aktiven Politik, die allen im Land vor Augen führt, dass die Älteren keine „betreute“ Generation sein wollen. Sie will vielmehr teilhaben an der politischen Macht, und sie will mitbestimmen, eben weil es für alle in der Gesellschaft eine unwiderlegbare und offen sichtbare Tatsache ist, dass Lebensjahre allein kein Maßstab mehr sind, die Leistungsfähigkeit eines Menschen einzuschätzen.

Ja, die Senioren-Union will mehr Macht, doch Macht wozu? Ich wiederhole: Politik allein für die Älteren ist ihre Sache nicht! Das wäre reine Interessenvertretung, die zwar legitim ist, aber mit einer Werteorientierung unter dem „C“ in ihrem Namen nichts zu tun hätte. Werteorientierung richtet sich streng genommen auch gegen eigene Partikularinteressen. Die Jungen haben ihre Rechte, die es zu achten und zu stärken gilt, doch auch die Älteren haben ihre Rechte. Deshalb der Aufruf zu mehr Gemeinsamkeit zwischen Jung und Alt. Sie ist das Gütesiegel der Partei der Generationen, das Markenzeichen der Union. Eine gute Beziehung zwischen Jung und Alt ist die beste Versicherung für die Zukunft. Den so häufig mit dummer und unverantwortlicher Schwatzhaftigkeit angekündigten „Krieg der Generationen“ wird es nicht geben.

Senioren-Union und Junge Union werden selbstverständlich im kommenden Jahr einen gemeinsamen Wahlkampf mit gemeinsamen Zielen und einer gemeinsamen Werteorientierung führen. Und dabei wird es bleiben!

Otto Wulff

Prof. Dr. Otto Wulff
Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands



Impressum

Herausgeber
Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstr. 8
10785 Berlin
Tel. 030 / 220 70 - 4 45
Fax 030 / 220 70 - 4 49
E-Mail seniorenunion@cdu.de
www.senioren-union.de

Verlag

Weiss-Verlag GmbH & Co. KG
Postfach 30 · 52153 Monschau
Geschäftsführer: Martina Schmitz
Verlagsleiter: Alexander Lenders
Tel. 02472 - 9 82 118
Fax 02472 - 9 82 77 114
alenders@weiss-verlag.de

Anzeigen und Beilagenkontakt

Verlagsrepräsentanten
Wolfgang Braun
Braun Medien GmbH
Riedelstraße 14
42349 Wuppertal
Tel. 0202 - 3 17 86 93
Fax 0202 - 3 17 86 95
kbmedien.braun@t-online.de

Auflage:

70000 Exemplare über perso-
nalisierten Posteinzelvertrieb an
Senioren-Union-Mitglieder und an
CDU-Funktions- und Mandatsträger

Leserzuschriften an:

Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Redaktion Souverän
Konrad-Adenauer-Haus
(Adresse s.o.)

Herstellung:

Weiss-Druck GmbH & Co. KG
Hans-Georg-Weiss-Straße 7
52156 Monschau
Layout: Ute Meurer

Redaktion:

Chefredakteur: Andreas Oberholz
(V.i.S.d.P.)
Tel. 02056 - 5 73 77
Fax 02056 - 6 07 72
pressebuero_oberholz@t-online.de

Weitere Autoren dieser Ausgabe:

Dr. Céline-Agathe Caro,
Christine Demmer, Bernhard Piendl,
Prof. Dr. Otto Wulff

Bildnachweis:

Roland Rochlitzer, Ulrich Winz,
fotolia, americanspirit 123rf,
Titelfoto: Roland Rochlitzer

Namentlich gekennzeichnete
Beiträge geben nicht unbedingt die
Meinung des Herausgebers wieder.

6 16. Bundesdelegierten- versammlung der Senioren- Union in Magdeburg

- „Wir wollen mehr
Mitverantwortung!“
- Die CDU als Partei
des Brückenbaus
- Grußworte
- Podiumsdiskussion zum
deutsch-russischen Verhältnis
- Der neue Bundesvorstand

14 Wie Trump erst möglich wurde

Die Polarisierung in der US-Politik,
wie sie in diesem Präsidentschafts-
Wahlkampf zu beobachten war, ist
das Ergebnis langfristiger Trends.

18 Organisierte Kriminalität außer Kontrolle?

Ein Interview mit dem Publizisten
Jürgen Roth zur Bedrohungslage
durch international organisierte
Banden

20 Die Politik des billigen Geldes kauft nur Zeit

Ist die schwelende Banken- und Fi-
nanzkrise überhaupt grundsätzlich
zu lösen? Fragen an den Finanzex-
perten Dr. Daniel Stelter ...

24 Leserbriefe

26 Was kostet uns der Streit um die Flüchtlinge?

Seit dem Beginn der Flüchtlingskrise
debattiert Deutschland über die Kos-
ten der Integration. Professor Fried-
rich Schneider, Forscher an der Uni-
versität Linz, hat sich eines anderen
Aspekts angenommen ...

28 Senioren und Pflege in Schweden

Ein Blick auf den Hohen Norden:
Dort hängt die Betreuung älterer
Menschen stark von den Kommu-
nen ab.

30 Vergesst die Angehörigen nicht!

Mit dem Zweiten Pflegestärkungsge-
setz hat die Bundesregierung einen
Meilenstein gesetzt. Gleichwohl
bräuchten auch die pflegenden An-
gehörigen immer mehr Unterstüt-
zung, meint Prälat Bernhard Piendl.

32 Lebens- und biologisches Alter klaffen auseinander

Ein Interview mit Prof. Cornelius
Bollheimer, dem Inhaber des
Lehrstuhls für Altersmedizin an
der Uniklinik der RWTH Aachen

34 Aus der Senioren-Union

36 Nachrichten aus der Europäischen Senioren-Union (ESU)

39 Buchtipps

Reisetermin:

16.03. bis 23.03.2017

Verlängerungswoche auf Anfrage möglich

Reiseleistungen:

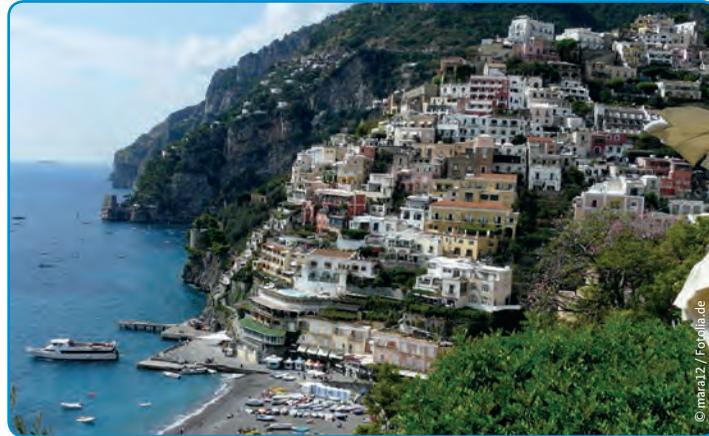
- Flüge Deutschland* / Neapel/ Deutschland mit einer renommierten Fluggesellschaft in der Economy-Class
- Flughafengebühren und Kerosinzuschläge in Höhe von EUR 44,- bis EUR 87,- pro Person, je nach Abflughafen (Stand 11/16)
- Transfers Flughafen / Hotel / Flughafen
- 7 Übernachtungen im Hotel President**** (Landeskategorie) im Doppelzimmer
- Halbpension (Frühstück und serviertes Abendessen)
- Ausflüge und Besichtigungen laut Programm mit klimatisiertem Reisebus
- Eintrittsgelder zum Programm
- Besuch eines Landgutes mit Imbiss
- Deutschsprachige Reiseführung
- Umfangreiches Informationsbuch zur Reise

→ Flüge wahlweise ab/bis:

Düsseldorf, Frankfurt, Köln-Bonn, München und Stuttgart (nonstop) sowie Berlin-Tegel und Hamburg (mit Umstieg).

Weitere Abflughäfen auf Anfrage möglich. Bitte evtl. Flugzuschläge beachten!

SORRENT



Schon die Römer schätzten die klimatischen und landschaftlichen Vorzüge der Halbinsel von Sorrent. Davon legen die Überreste vieler prachtvoller Villen eindrucksvoll Zeugnis ab.

Heute bietet die „Perle Kampaniens“ zusätzlich zahlreiche historische und kulturelle Stätten, die einen Besuch lohnen. Wir nehmen uns Zeit für einen Ausflug in die Regionalhauptstadt Neapel, gelegen im Schatten des Vesuv. Der bis heute aktive Vulkan begrub bei einem Ausbruch im Jahre 79 v. Chr. die römische Stadt Pompeji unter Asche und Bimsstein und konservierte sie so für die Nachwelt. Weitere Besichtigungspunkte sind Amalfi, Ravello und Sorrent. Ausflüge zur vielbesungenen Insel Capri sowie nach Salerno und Paestum sind optional buchbar.

Natürlich werden Sie auch ausreichend Gelegenheit haben, die kulinarischen Genüsse aus Küche und Keller und das milde Klima zu genießen.



Flüge:

Ab/bis vielen deutschen Flughäfen möglich



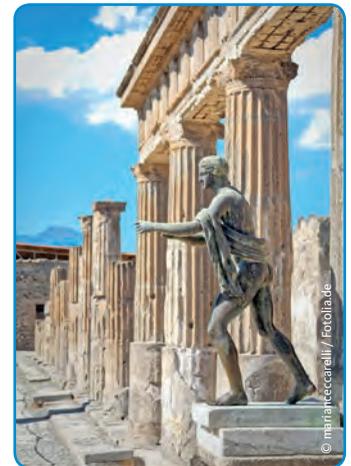
Hotel:

4-Sterne-Komfort in ruhiger Lage



Besichtigungen:

Mit fachkundiger deutschsprachiger Reiseleitung



INFORMATION & ANMELDUNG

Reiseziel: **SORRENT**

Termin: **16.03. - 23.03.2017**

Preise: EUR 895,- p. P. im DZ*
 Einzelzimmer-Zuschlag: EUR 210,-
 Zuschlag garant. Meerblick je Woche im DZ*: EUR 42,- p. P.
 Zuschlag garant. Meerblick je Woche im EZ (begrenzte Anzahl): EUR 105,- pro Person
 Verlängerungswoche im DZ* / HP: EUR 385,- pro Person
 (* bei Zweierbelegung)

Reiserücktrittskosten-Versicherung mit Selbstbehalt p. P.: EUR 45,- für die erste Woche und EUR 55,- inklusive der Verlängerungswoche. (Kann nach Abschluss nicht mehr storniert werden.)

Terramundi ist insolvenz-versichert bei:



Bitte senden Sie mir das detaillierte Reiseprogramm zur SORRENT-Reise.

JA, ich möchte mit folgenden Personen an der SORRENT-Reise teilnehmen. Bitte senden Sie mir die Buchungsbestätigung.

Name, Vorname (Teilnehmer/in 1 lt. Ausweisdokument)	Geburtsdatum
Straße, Hausnummer	
PLZ, Ort	
Telefon mit Vorwahl	E-Mail
Name, Vorname (Teilnehmer/in 2 lt. Ausweisdokument)	Geburtsdatum
Datum, Unterschrift	

Nach Buchungseingang erhalten Sie eine Buchungsbestätigung vom Veranstalter Terramundi GmbH. Mit Erhalt der Reisebestätigung und des Sicherungsscheins ist eine Anzahlung von 10% des Reisepreises fällig, der Restbetrag 3 Wochen vor Anreise. Mit meiner Unterschrift erkenne ich die Reise- und Zahlungsbedingungen (einsehbar unter www.terramundi.de, auf Wunsch gern Zusendung per Post) des Veranstalters Terramundi GmbH – auch im Namen der/des Mitreisenden – an.

Coupon ausfüllen und direkt an den Veranstalter senden:



Terramundi GmbH
 Im Wauert 14 • 46286 Dorsten
 Telefon: 0 23 69 / 9 19 62-0
 Telefax: 0 23 69 / 9 19 62-33
 E-Mail: info@terramundi.de
 Web: www.terramundi.de

Gewünschter Flüge ab/bis**:

**nach Verfügbarkeit, bitte beachten Sie evtl. Zuschläge

Hier bitte Ihre gewünschten Leistungen ankreuzen: **DZ*** = Doppelzimmer • **EZ** = Einzelzimmer • **MB** = gar. Meerblick • **VL** = Verlängerungswoche • **RV** = Reiserücktrittskosten-Versicherung

Teiln. 1 DZ EZ MB VL RV
 Teiln. 2 DZ EZ MB VL RV

„Wir wollen **mehr** Mitverantwortung“



Handkuss für die Dame: Professor Wulff bedankt sich bei der Bundeskanzlerin für ihre engagierte Rede.

Mit 96,2 Prozent im Amt bestätigt: der alte und neue Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Prof. Dr. Otto Wulff



Rund 300 Delegierte und zahlreiche Gäste aus Politik, Wirtschaft und Medien kamen am 6. und 7. Oktober 2016 ins Maritim-Hotel der Landeshauptstadt von Sachsen-Anhalt. Bei der zweitägigen, sehr harmonisch verlaufenden Konferenz bestätigten die Delegierten u.a. mit 96,2 Prozent der abgegebenen Stimmen den langjährigen Bundesvorsitzenden Prof. Dr. Otto Wulff für weitere zwei Jahre im Amt.

„Zukunft braucht Erfahrung“, lautete der Slogan, unter dem die Senioren-Union an die Elbe geladen hatte. Der Bundesvorsitzende Prof. Dr. Otto Wulff nahm in einer kämpferischen Ruckrede diese Vorlage ful-

minant auf, indem er mehr politische Mitbestimmung der Senioren in der Politik einforderte. Wenn jeder dritte Wähler bereits älter als 60 Jahre alt sei, müssten die Älteren endlich auch in der CDU an Entscheidungen stärker beteiligt werden. Unter lautem Applaus der Delegierten kündigte Wulff an, dass sich die Älteren künftig mehr einmischen wollten. Dabei gehe es nicht um die Durchsetzung einer Altenpolitik, sondern um einen Beitrag für eine solidarische Gesellschaft von Jungen und Alten. Häufig ertöne aus einer mit Vorurteilen befrachteten und politisch weniger kompetenten Ecke der Gesellschaft der Ruf, die Politik brauche notwendigerweise eine Verjüngung. Wulff: „Ich halte diesen polit-pubertären Heilslehrern entgegen, dass Politik, überall und grundsätzlich, keine Verjüngung braucht, sondern ein gemeinsames Handeln von klugen jungen und alten Politikern. Diese Gemeinsamkeit ist eine der tragenden Säulen einer funktionierenden Demokratie und ein unverzichtbares Elixier für die Lebendigkeit unseres Gemeinwesens. So dienen die Erfahrungen der Älteren

ihnen nicht allein, sondern ebenso den Jüngeren.“

Nur mit Hilfe der älteren Generation könne die Christlich Demokratische Union in den kommenden Wahlen die bestimmende politische Kraft bleiben. Und weil das so sei, stelle sich die Bundesdelegiertenversammlung die Frage, ob ihre politische Mitarbeit im Wesentlichen auf die Betreuung von Canvassingständen und die Verteilung von Flyern bei Wahlkämpfen beschränkt sein solle. Wulff weiter: „Wer das vorschlägt oder so sieht, wird sich in Zukunft wappnen müssen. Die Senioren-Union fordert mehr Mitverantwortung und Mitarbeit in den Vorständen auf allen Ebenen der Partei, nicht zuletzt auch eine deutlich erkennbare Präsenz in den CDU-Frakturen aller Parlamente, vom Gemeinderat bis zum Europäischen Parlament.“

Dann wechselte der Bundesvorsitzende zur Innenpolitik. Vornehmlich in der letzten Zeit werde immer lauter über die Sicherheit der Rente diskutiert. Dabei gehe es nicht nur um die Frage, ob infolge der demographischen Entwicklung die gegenwärtige



Frisch gewählt als stellvertretende Bundesvorsitzende: Heidi Exner aus Niedersachsen und Claus Bernhold aus Baden-Württemberg



Die Bundesdelegiertenversammlung in Magdeburg ging hervorragend organisiert über die Bühne. Nicht zuletzt dank des immer hilfsbereiten Teams aus der Bundesgeschäftsstelle in Berlin, hier Jana Höhl und Anja Enzenberg.



Gute Tradition bei der Senioren-Union: der ökumenische Gottesdienst zu Beginn der Veranstaltung im Magdeburger Maritim-Hotel

Rentenformel noch Bestand haben kann, sondern mehr noch darum, ob die zukünftig erwartete Rente noch für einen normalen Lebensunterhalt reiche. Wenn nämlich die Durchschnittsrente im Jahre 2030 auf 43 % des bisherigen Einkommens abgeschmolzen werde, könne niemand mehr mit Überzeugung behaupten, ein solcher Betrag reiche allein für ein normales zivilisiertes Leben aus. Wulff im O-Ton: „Wenn der Betroffene sein ganzes Arbeitsleben lang gearbeitet und ungeschmälert seine Beiträge gezahlt hat und nicht von der öffentlichen Hand durch Transferleistungen unterhalten wurde, dann ist es ein Skandal, wenn nur eine Rente in Höhe der Sozialhilfe übrig bleibt. So weit darf es nicht kommen, das jedenfalls ist die Forderung der Senioren-Union.“

Unbestritten sei, dass die gegenwärtig bestehende gesetzliche Rentenversicherung unter den aktuellen Vorgaben der Demographie nur gesichert werden könne, wenn die Menschen länger arbeiteten. Dies gelte zwar nicht für jene Berufstätigen, deren Arbeit mit körperlichen Anstrengungen ver-

bunden sei, die ab einem bestimmten Alter nicht mehr geleistet werden können. Zumindest aber solle man es jenen ermöglichen, die gerne weiterarbeiten wollen und es auch noch können, so Wulff. Der Bundesvorsitzende schlug vor diesem Hintergrund vor: „Wir müssen schleunigst damit beginnen, die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, nicht nur eine längere Arbeitszeit zuzulassen, sondern sie sogar zu fördern. Die Senioren-Union begrüßt deshalb mit Nachdruck die Initiative der Bundesregierung zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit im Verbund mit einer angepassten Verbesserung der Rente. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber nur der erste.“

Hilfreich könne auch „eine von jeder Ideologie freie Untersuchung“ sein, „an der alle berufenen und sachkundigen Gruppen aus Wissenschaft, Unternehmen, Gewerkschaften und mit der Sache im Zusammenhang stehende Persönlichkeiten teilnehmen, die ergebnisoffen über ein ebenso zukunftsfähiges wie tragfähiges Projekt einer Alterssicherung beraten.“ Am Ende sollte ein Vor-

schlag präsentiert werden, so Wulff, der Altersarmut verhindert, zunächst jedenfalls für eine längere und überschaubare Zeit. Denn zur Lösung dieses Problems bedürfe es eines Dialogs und nicht eines Macht- und Verteilungskampfes. Hinweise auf eine „Rentnerschwemme“ oder die Gefahr einer „Ausplünderung der Jungen durch die Alten“ seien schlimme Diffamierungen, die Vorurteile nährten. „Es sind Provokationen, die die Zusammenarbeit der Generationen im Sinne innovativer Gemeinschaftsarbeit erheblich gefährden“, so der SU-Chef. Eine ebenso wichtige Forderung der Älteren wie die nach einer soliden Alterssicherung bestehe in einer ausreichenden medizinischen Versorgung und, so es nötig sei, auch in einer menschenwürdigen Pflege, die die Betroffenen nicht an den Rand der Gesellschaft dränge.

Angesichts der zukünftigen Arbeitswelt mahne die Senioren-Union auch sehr ernsthaft an, sich weit mehr Gedanken um die neuen Arbeitsplätze von morgen zu machen. Wulff wörtlich: „Welche Arbeitsplätze werden in der Zukunft vor dem Hinter-



Heinz Soth, wiedergewählter Bundesschatzmeister, überreicht der Bundeskanzlerin ein süßes Präsent aus Deutschlands ältester Baumkuchenfabrik in Salzwedel.



Souveräner Dirigent hinter den Kulissen: Bundesgeschäftsführer Jan Peter Luther



Blumen für den scheidenden Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg, Prof. Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten, der nicht mehr für den Bundesvorstand kandidierte

Erneut in den Bundesvorstand gewählt: Dr. Gerhard Schier (l.), Wolfgang Börnsen

Standing ovations vom Bundesvorstand für die Rede von Prof. Dr. Otto Wulff



grund der Digitalisierung und dem verstärkten Einsatz von Robotern noch Bestand haben? Wie wird die Digitalisierung die Arbeitswelt verändern? Die Politik muss sich intensiver mit diesen Fragen beschäftigen und Antworten suchen, wie auch die Tarifpartner aufgefordert sind, dabei nicht untätig zu sein.“

Mit Blick auf die innere Sicherheit kritisierte der SU-Chef, dass Straftaten zunehmen und die Aufklärungsquoten bei einer Reihe von Delikten recht dürftig ausfielen. Deshalb bleibe es bei der aktuell formulierten Forderung der Senioren-Union, dass Polizei und Sicherheitsorgane ohne weitere Verzögerung verstärkt werden müssten. In puncto äußere Sicherheit gelte es, die Einheit Europas und seine gemeinsame Kultur auch gemeinsam zu verteidigen.

Sieben Jahrzehnte habe die Union mit Beginn der Kanzlerschaft Konrad Adenauers über Erhard, Kiesinger, Kohl bis Merkel dazu beigetragen, dass Europa die längste Friedensperiode seiner Geschichte erlebt habe. Wulff: „Es waren die Kriegsgeneration und die der Nachkriegszeit, die Genera-

tionen also, deren Angehörige auch hier vor mir sitzen, die ihren unschätzbaren Beitrag zu dieser Friedenspolitik beigetragen haben. Und deshalb wird und kann es die heutige Generation der Seniorinnen und Senioren auch nicht zulassen, dass verantwortungslose Nationalisten und sozialistische Phantasten mit ihren in die historische Rumpelkammer gehörenden Trümmerideologien der europäischen Einigung Schaden zufügen.“

Der SU-Bundesvorsitzende nahm sich in diesem Zusammenhang die AfD vor, eine Partei, die offensichtlich die europäische Einheit bekämpfe. Wulff: „Sie will Grenzen wieder schließen, den Euro beseitigen und die europäische Gemeinschaft auflösen. Damit setzt diese Partei die wirtschaftliche und soziale Existenz unseres Landes aufs Spiel.“ Wulff rief die Anhänger und Mitglieder der Union dazu auf, „wieder mutiger und ernsterhafter die Wählerinnen und Wähler der AfD anzusprechen“, sie davon zu überzeugen, welche katastrophalen Folgen es für sie selbst am Ende haben könne, wenn sie der AfD ihre Stimme gäben. Eine solche Anspra-

che verlange einmal mehr Präsenz und Bürgernähe.

So könne die Union der AfD mit Erfolg ans Leder gehen „nach der Devise, den Problemen nicht aus dem Weg zu gehen und dem Volk aufs Maul zu schauen, aber nicht unbedingt nach dem Maul zu reden.“

Schließlich ging der Bundesvorsitzende der Senioren-Union auch auf die Flüchtlingsproblematik ein. Sein Credo – klare Kante: „Einerseits muss die Identität aller Migranten überprüft werden, die in unser Land gekommen sind, andererseits haben wir schon aus Rechtsgründen festzustellen, wer als Flüchtling aus Krisengebieten unseren Schutz sucht und wer nicht zu dieser Gruppe gehört. Die Ersteren haben einen Schutzanspruch nach unserer Verfassung, die, daran darf ich erinnern, **im Bewusstsein der Verantwortung vor Gott und den Menschen** unser Handeln bestimmen soll.“

Andererseits: Wer in unserem Land ein Bleiberecht fordere, gleichzeitig aber Unfrieden gegen Christen predige und die Integration in unsere Gesellschaft als Angriff auf seine religiöse Identität bezeichne, der



Sachsen-Anhalt ist Luther-Land. Bemerkenswertes dazu gab es beim traditionellen Festabend zu hören.

**Union der Generationen:
Prof. Dr. Otto Wulff und
Gastredner Paul Ziemiak,
Bundesvorsitzender der
Jungen Union**



Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff nahm in seinem launigen Grußwort das Auditorium mit auf eine historische und regionale Entdeckungsreise durch sein schönes Bundesland.

Als einer der sechs stellvertretenden Bundesvorsitzenden erneut im Amt bestätigt: Leonhard Kuckart, SU-Chef aus NRW



habe „in unserem Land nichts zu suchen“. Sein Gesamturteil: Die Bundesregierung habe bei der Lösung der Flüchtlingsprobleme bereits große Fortschritte gemacht. Das langjährige Engagement des Bundesvorsitzenden, der auch mit dieser fulminanten Rede wieder zu überzeugen wusste, dankten die Delegierten bei den Neuwahlen zum Bundesvorstand (siehe auch Kasten Wahlergebnisse, S. 13) mit einem außergewöhnlichen Ergebnis: 96,2 Prozent! In einem Gastauftritt verlangte auch der Vorsitzende der Jungen Union, Paul Ziemiak, einen offenen Dialog über die Zukunft der Rente über das Jahr 2030 hinaus. Dabei müsse klar sein, dass der Kostenanstieg nicht nur über Beitragserhöhungen finanziert werden dürfe. „Wir müssen auch über eine längere Lebensarbeitszeit diskutieren“, sagte Ziemiak. In den Antragsberatungen sprachen sich die Delegierten der Senioren-Union u.a. dafür aus, in das Bundeskanzleramt einen Beauftragten für Demografie zu berufen. Die Senioren-Union will in den kommenden zwei Jahren ein Grundsatzprogramm

erarbeiten und ernannte darüber hinaus erstmals einen Mitgliederbeauftragten, der die Vorschläge der Basis direkt in die Führungsgremien der Senioren-Union einspeisen soll. Einig waren sich die Delegierten auch in der Forderung nach einem Verbot der Vollverschleierung und zu einem Bekenntnis zur deutschen Sprache im Grundgesetz. Um die Älteren nach dem Renteneintritt auf freiwilliger Basis für den Arbeitsmarkt zu gewinnen, soll die Bundesagentur für Arbeit eine Beratungsfunktion übernehmen. „Bessere Hinzuverdienstmöglichkeiten für Menschen in der nachberuflichen Phase können zudem dazu beitragen, der wachsenden Altersarmut ein Stück weit entgegenzuwirken“, heißt es im angenommenen Antrag der Senioren-Union. Zu den traditionellen Elementen der alle zwei Jahre stattfindenden Bundesdelegiertenversammlung gehörten auch im geschichtsträchtigen Magdeburg, in dessen Dom Otto der Große ein Jahrtausend der Geschichtsstürme bis heute überstanden hat, die gemeinsam gesungene Nationalhymne am Schluss sowie die Ökumenische

Andacht zu Beginn der Beratungen, diesmal gehalten von Generalvikar Dr. Bernhard Scholz vom Bistum Magdeburg sowie Oberkirchenrat Albrecht Steinhäuser von der Evangelischen Landeskirche Anhalts. Wer die Zukunft gestalten will, sollte eben auch Traditionen pflegen ... ■

SU-Grundsatzprogramm

Bis Mai 2017 sollen in einem ersten Schritt alle Mitglieder der Senioren-Union in die Erarbeitung eines Grundsatzprogramms einbezogen werden. Hierzu findet sich auf der Webseite der Senioren-Union <http://www.senioren-union.de/aktuelles/16-bundesdelegiertenversammlung.html> eine Diskussionsgrundlage. Weitere Informationen, wie Änderungsvorschläge zu dieser Diskussionsgrundlage eingereicht werden können, welche Fristen hierbei zu beachten sind und wie sich der weitere Programmprozess gestaltet, können ebenfalls auf der Webseite der Senioren-Union abgerufen werden.

Souveräner Auftritt der Bundeskanzlerin
auf der 16. BDV:

Die **CDU** als Partei des Brückenbaus

Am Freitagmittag war es so weit. Bundeskanzlerin Angela Merkel machte der Senioren-Union ihre Aufwartung. Nach minutiösen Antragsdebatten und einem launigen Grußwort von Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff schlug die Kanzlerin politische Pflöcke ein und arbeitete die zahlreichen aktuellen „Baustellen“ und Krisenschauplätze in Deutschland und der Welt ab.

Die Welt sei heute so unruhig, „dass es einem manchmal so erscheint, als wäre die Zeit des Kalten Krieges noch eine übersichtliche Zeit gewesen“, diagnostizierte Merkel angesichts der Bedrohungen durch islamistischen Terror und dramatische Konflikte an den Rändern der Europäischen Union. So habe sie bis zur Annexion der Krim geglaubt, dass in Europa niemand mehr territoriale Grenzen antaste. Diese vermeintliche Sicherheit sei ins Wanken geraten. Aus der nun entstandenen neuen Konstellation und einer sich abzeichnenden „multipolaren Weltordnung“ erwachse auch für Deutschland die Verpflichtung, mehr Verantwortung zu übernehmen.

Es gelte, innen- wie außenpolitisch „Brücken zu bauen“, etwa zum Islam. Religionsfreiheit und Integration seien dabei keine Einbahnstraße, alle in Deutschland zugewanderten Menschen müssten sich an die vom Grundgesetz vorgegebenen Prinzipien und Richtlinien halten. Brücken gelte es aber auch zwischen den Generationen zu bauen. In einem Land, in dem die Alterspyramide auf den Kopf gestellt werde, müsse eine Union der Generationen die damit verbundenen Probleme lösen. Die Kanzlerin nannte explizit die Flexi-Rente als erfolgreiches Beispiel: „Man kann länger arbeiten, muss aber nicht.“

Neue Brücken seien auch in Europa gefragt. „Der Brexit hinterlässt für uns alle den Auftrag, darüber nachzudenken, was nicht richtig läuft in der EU“, so Merkel. So müssten die 27 Mitgliedsstaaten sich mehr um die innere Sicherheit kümmern, in Verteidigungsfragen enger zusammenarbeiten, die Chancen der Digitalisierung besser nutzen, Handelsabkommen vorantreiben usw. Die Kanzlerin gestand zu, dass manche Brücken in Europa angesichts der sehr unterschiedlichen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen nicht leicht zu bauen seien. So klappe etwa beim Mindestlohn zwischen Bulgarien und Deutschland ein Abstand von 1,50 auf 8,50 Euro. Hart ging die Kanzlerin mit Konzernen und insbesondere Banken ins Gericht, „die nirgendwo auf der Welt zu Hause sind, nir-



gends Steuern zahlen und auch nirgendwo gesellschaftliche Verantwortung übernehmen“. Vor dem Hintergrund der weiter schwelenden Euro- und Bankenkrise forderte sie eine weitere Regulierung des Finanzsektors, insbesondere der undurchsichtigen sog. Schattenbanken. Diese stehen für einen Wandel im globalen Finanzwesen: Banken, von der Finanzkrise gebeutelt und mit strengeren Kapitalregeln belegt, ziehen sich zunehmend aus der Kreditvergabe zurück. Die Lücke wird von Vermögensverwaltern, privaten Kreditfonds und Crowdfunding-Firmen gefüllt. Sie heißen Schattenbanken, weil sie Funktionen von Banken übernehmen, aber nicht wie solche reguliert werden. Trotz vieler akuter Probleme wollte Merkel jedoch Pessimismus gar nicht erst aufkeimen lassen. Gerade die CDU sei immer eine Partei des Brückenbaus gewesen, ob zwischen Katholiken und Protestanten, zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften oder auch generell zwischen Ost und





Grußworte

zur Bundesdelegiertenversammlung (Auswahl)

Ukraine-Krise, Flüchtlingskrise, islamistischer Terror, Brexit – die Welt scheint auch bei uns in Deutschland und in Europa zunehmend aus den Fugen zu geraten. Gerade in diesen turbulenten Zeiten tut die besonnenere Perspektive der älteren Generation not, die den Jüngeren das mit der Lebenserfahrung gewachsene Privileg voraus hat, Ereignisse über einen längeren zeitlichen Horizont einordnen und eine wirkliche Krise von den gerne und oft vorschnell ausgerufenen Superlativen unterscheiden zu können.

Prof. Dr. Norbert Lammert, Präsident des Deutschen Bundestages

Die Senioren-Union bietet eine Plattform für die Beteiligung älterer Menschen an der Tagespolitik. Ihre Kompetenz, ihre Lebens- und Berufserfahrung muss die Gesellschaft noch stärker nutzen. Die Zeiten, in denen unserer Gesellschaft auf das Alter nur die Stichworte Rente und Ruhestand einfielen, sind heute gottlob vorbei.

Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag

Ein aktuelles Thema wird die Senioren-Union sicherlich auch beschäftigen: die Zukunft der Rente. Die Senioren-Union war für die CDA in der Rentenpolitik immer ein wichtiger Verbündeter und Partner. Mit der Mütterrente haben wir Seite an Seite dafür gekämpft, dass die Leistungen bei der Kindererziehung auch in der Rente besser anerkannt werden. Ich persönlich finde es gut, dass wir dieses Jahr endlich wieder über umfassende Reformen des Alterssicherungssystems sprechen. 15 Jahre nach der Riester-Reform sollten wir Bilanz ziehen und nachbessern.

Karl-Josef Laumann, Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit und Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA)

Die Senioren-Union erweist sich in einer schnelllebigen Zeit seit nunmehr über 28 Jahren als verlässliche Konstante. In den meisten Bundesländern gibt es bereits jetzt mehr Menschen über 60 Jahre als unter 20 Jahren. Die Älteren tragen die Verantwortung für die Zukunft unserer Gesellschaft. Gerade jetzt werden sie gebraucht.

Siegfried Borgwardt, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion von Sachsen-Anhalt

Die Soziale Marktwirtschaft verdient ihren Namen nur, wenn sie auch generationengerecht ist. Die Senioren-Union unter der dynamischen Führung von Professor Otto Wulff ist für die MIT seit jeher ein verlässlicher Partner im Einsatz für generationenübergreifende Politik. Dafür bin ich sehr dankbar. Im vergangenen Jahr habe ich mich besonders über ihre Unterstützung für die Flexi-Rente gefreut. Nach zwei Jahren intensiver Debatte ist unsere gemeinsame Forderung vom Bundeskabinett beschlossen worden. Damit setzt die Politik ein längst überfälliges Signal.

Dr. Carsten Linnemann MdB, Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

Um die Zukunftsfähigkeit Deutschlands zu sichern, sind mutige Reformen und verantwortungsbewusste Weichenstellungen wichtiger denn je. Denn die Bevölkerungsalterung stellt uns vor große Aufgaben, die wir nur in Solidarität zwischen Jungen und Alten meistern können. Umso wichtiger ist das klare Bekenntnis der Senioren-Union zum Ausgleich zwischen den Generationen und einem guten Miteinander. Ganz bewusst stellen Sie sich den Themen, die auch für unsere Kinder und Enkel von großer Bedeutung sind, insbesondere den Herausforderungen des demographischen Wandels.

Werner M. Bahlsen, Präsident des Wirtschaftsrats der CDU e.V.

West. „Mit den Prinzipien der Gründer der CDU lassen sich auch die Probleme von heute lösen“, gab sie sich überzeugt und forderte alle in der Partei dazu auf, „weniger darüber zu reden, was nicht geht, sondern mehr darüber, was geht, auch wenn dafür das Bohren dicker Bretter erforderlich“ sei. Speziell an die Senioren-Union gewandt, sagte sie: „Aus Ihrer Erfahrung erwächst Stärke für unser Land. Schwärmen Sie aus, und sagen Sie, es lohnt sich, auf Basis der bisher erreichten Erfolge dafür zu kämpfen, dass auch künftige Generationen in Frieden, Freiheit und Wohlstand leben können.“

Die Rede der Kanzlerin fand starken Beifall. Der wiedergewählte Chef der Senioren-Union, Prof. Dr. Otto Wulff, verband seinen Dank für die kämpferische Rede mit der Zusage, dass die Senioren-Union Angela Merkel bei der Bundestagswahl 2017 mit ganzer Kraft unterstützen werde. „Die Kanzlerin kann sicher sein, dass die Mehrheit der Älteren hinter ihr steht“, versprach Wulff. ■



Perspektiven des deutsch-russischen Verhältnisses im europäischen Kontext



Dr. Ernst-Jörg von Studnitz, Jurist und Diplomat, u.a. von 1995 bis 2002 Botschafter in Moskau, Ehrenvorsitzender Deutsch-Russisches Forum e.V., aktuell im Lenkungsausschuss des deutsch-russischen Petersburger Dialoges

Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz, Historikerin, freie Journalistin und Publizistin, langjährige Moskau-Korrespondentin der ARD

Dr. Friedhelm Ost, von 1973 bis 1985 Wirtschaftsredakteur beim ZDF, danach u.a. von 1985 bis 1989 Staatssekretär und Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung

Prof. Dr. Vladislav Belov, Direktor des Zentrums für Deutschlandforschung, stv. Direktor für wissenschaftliche Arbeit am Europa Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften

Prof. Dr. Wolfgang Clement, Ex-SPD-Politiker und Manager, ehemals Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit und Ministerpräsident des Landes NRW, aktuell u.a. Kuratoriumsvorsitzender der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Renommierte Teilnehmer, sorgenvolle Statements, gespannte Aufmerksamkeit im Auditorium – so die Kurzbeschreibung der deutsch-russischen Podiumsrunde anlässlich der Bundesdelegiertenversammlung am Donnerstagnachmittag im großen Saal des Magdeburger Maritim-Hotels.

2001 noch habe Vladimir Putin im Deutschen Bundestag verheißungsvolle Perspektiven einer engeren und freundschaftlichen Zusammenarbeit aufgezeigt, aktuell hingegen herrsche Eiszeit zwischen dem Westen, vornehmlich den USA, und Russland. Moderator Friedhelm Ost begann mit

diesem Rückblick, um reihum eine Bewertung der derzeitigen Lage einzuholen. Die aktuellen Beziehungen seien „so schlecht, wie sie nicht hätten sein müssen, wenn zu früheren Zeitpunkten intelligentere Weichenstellungen erfolgt wären“, erwiderte die langjährige ARD-Korrespondentin in Moskau, Gabriele Krone-Schmalz. Sie verwies darauf, dass viele Offerten aus Putins Rede 2001 vom Westen schlichtweg ignoriert worden seien, was wiederum die Russen als Brückierung empfunden hätten. Auch Ex-Diplomat Ernst-Jörg von Studnitz und der ehemalige Minister und Ministerpräsident Wolfgang Clement beschrieben den aktuellen Stand der Beziehungen als „verfahren“, ja sogar als „deprimierend“. Die USA und Russland befänden sich bereits in einem neuen Kalten Krieg, so Clement, und die Bombenangriffe auf das syrische Aleppo bestätigten täglich die Sor-

gen, die in Polen und im Baltikum mit dem Blick auf die Geschehnisse in der Ukraine vorhanden seien. Vladislav Belov beklagte vor diesem Hintergrund „Missverständnisse in der Wahrnehmung auf beiden Seiten“. So unakzeptabel NATO-Manöver an Russlands Grenzen seien, so wenig verstehe Putin, was er im März 2014 mit der Annexion der Krim angerichtet habe. Der russische Regierungschef habe mit diesem Schritt und dem weiteren Vorgehen in der Ukraine die mit der Schlussakte von Helsinki verbundene europäische Sicherheitsarchitektur „auf bittere Weise verletzt“, kritisierte Clement. Jetzt gebe es nur „die Minimalhoffnung, wenigstens den Gesprächsfaden zu erhalten“. Einig waren sich ohnehin alle Teilnehmer darin, dass eine kurzfristige Verbesserung der Beziehungen nicht zu erreichen sei. Es bedürfe vielmehr etlicher „außenpolitischer



Zwischenschritte ohne den Druck der Medien“, um wieder Vertrauen aufzubauen. Von Studnitz versuchte einen Weg aus dem Dilemma zu skizzieren. Die Ukraine-Krise sei letztlich eine geopolitische Auseinandersetzung zwischen den USA und Russland. Beide wollten das Land in ihren Macht- und Wirtschaftsbereich eingliedern, dies gehöre zu Putins Strategie, Russland wieder einen vollakzeptierten Platz in der Welt zu sichern. Deshalb müsse „die Ukraine gleichsam aus dem Konflikt herausgenommen werden“ und eine Chance bekommen, einen eigenständigen Weg zu finden. Ansonsten werde dieser Konflikt noch lange ein tiefer Stachel in den Ost-West-Beziehungen bleiben. Auch Krone-Schmalz sah den Schlüssel zur Entschärfung der Lage in einer Rückkehr zu einer Akzeptanz Russlands als vollwertigen Partners. Nach dem Zusammenbruch

der Sowjetunion habe der Westen das Land leider als „Konkursmasse betrachtet“, erst Putin habe den Russen wieder Selbstachtung gegeben. Hoffnungen auf einen westlicher orientierten Nachfolger des Despoten machte sie nicht. Wolfgang Clement schlug vor, die Putin-Rede von 2001 aufzunehmen, in der ein attraktives Bild einer europäisch-eurasischen Zusammenarbeit entworfen wurde. Eine solche Idee könne die Menschen begeistern, und ein weiterer Vorteil sei, dass sie nicht von Einzelpersonen abhängen, auch nicht von einem Putin, so der langjährige SPD-Politiker. Er warnte zugleich, die Verantwortung für die jetzige Lage allein den USA zuzuschreiben. Das transatlantische Bündnis werde gebraucht, weil Europa Zeit brauche, seine eigene Stellung zu stärken. Putin hingegen spekuliere auf die aktuelle Schwäche Europas.

Der neue Bundesvorstand

Die 277 Delegierten der 16. Bundesdelegiertenversammlung wählten den neuen Bundesvorstand der Senioren-Union wie folgt:

Bundesvorsitzender:

Prof. Dr. Otto Wulff 96,2 %

Stellvertretende Bundesvorsitzende:

Helga Hammer 70,8 %
 Leonhard Kuckart 66,4 %
 Claus Bernhold 59,6 %
 Christa Thoben 58,1 %
 Heidi Exner 57,8 %
 Wolfgang Börnsen 57,4 %

Bundesschatzmeister:

Heinz Soth 90,3 %

Schriftführer:

Dr. Gerhard Schier 94,2 %

Mitgliederbeauftragter:

Ingo Hansen 91,4 %

Beisitzer:

Gertraud Schickedanz 88,0 %
 Jürgen Feddersen 86,6 %
 Wilma Ohly 86,6 %
 Rolf Berend 85,5 %
 Helge Benda 84,4 %
 Hermine Hecker 83,3 %
 Ursula Kuri 81,9 %
 Alfons Gerling 80,4 %
 Dr. med. Fred-Holger Ludwig 79,7 %
 Eberhard Bauerdick 78,6 %
 Prof. Dr. Wolfgang Merbach 77,9 %
 Erika Kögel 77,2 %
 Norbert Gönnewicht 76,8 %
 Karin Giovannella 73,9 %
 Peter Fröhlingdorf 73,6 %
 Astrid Birkhahn 72,1 %
 Peter Grab 69,6 %
 Erika Schmelzle 63,0 %
 Dr. Gabriele Peus-Bispinck 59,4 %

Wer denn angesichts dieser Analysen von westlicher Seite derzeit überhaupt auf Putin zugehen könne?, fragte Moderator Friedhelm Ost anschließend. Antwort unisono aus der Runde: nur Angela Merkel. Eine Herausforderung mehr für die Kanzlerin. ■

Bei den jüngsten US-Präsidentschaftswahlen hat die Welt wohl die größte Schlammschlacht erlebt, die jemals von Kandidaten auf dem Weg ins Weiße Haus inszeniert wurde. Diese Polarisierung der US-Politik ist allerdings das Ergebnis langfristiger Trends, die den Präsidenten Trump erst möglich machten. Eine Analyse von Dr. Céline-Agathe Caro vom Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Washington.

Zu Beginn des Sommers 2015 hatte das politische Establishment in Washington noch darüber gelacht. Der Immobilienunternehmer und Milliardär Donald Trump war Mitte Juni ins Rennen um das Weiße Haus eingestiegen. Trump, der Geschäftsmann ohne politische Erfahrung, der „die Dinge beim Namen nennt“, war zu diesem Zeitpunkt der unlikely candidate der Präsidentschaftswahl 2016. Er würde zumindest für Unterhaltung im Sommerloch sorgen, so der Tenor; seine Kampagne jedoch früher oder später im Sande verlaufen.

Auf der demokratischen Seite schien die Sache ebenfalls klar: Hillary Clinton, ehemalige Außenministerin, Senatorin aus New York und First Lady, inszenierte sich – nach ihrer Niederlage gegen Barack Obama im Jahr 2008 – als alternativlose Kandidatin ihrer Partei. Der zu diesem Zeitpunkt noch parteilose Senator aus Vermont, Bernie Sanders, der selbst lange Jahre Mitglied des Repräsentantenhauses gewesen war, hatte zwar seine Kandidatur Ende April bekanntgegeben, aber von ihm – einem selbsternannten „demokratischen Sozialisten“ – war kaum die Rede. Seine Positionen wurden als deutlich zu links betrachtet, um die Favoritin ernsthaft gefährden zu können. Nur wenige Wochen später hatte sich die Ausgangssituation bereits grundlegend verändert. Beide „Anti-Establishment-Kandidaten“, Trump und Sanders, konnten in Umfragen schnell gute Ergebnisse erzielen und stellten somit schon zu Beginn des Vorwahlkampfes (Primaries) im Februar 2016 zu-

US-Wahl:

Wie **Trump** erst mö



nehmend eine ernsthafte Alternative zu den traditionellen Kandidaten beider Parteien dar. Seit Anfang Mai war die Lage in den USA dann beispiellos, denn Trump war nach seinem Sieg im Bundesstaat Indiana der einzige republikanische Kandidat im Rennen. Sanders gab erst im Juli nach hartem Kampf gegen Clinton auf.

Warum aber waren extreme Kandidaten wie Trump und Sanders so erfolgreich? Tatsächlich ist die Polarisierung der beiden politischen Lager nicht erst in den letzten Monaten und Jahren entstanden, sondern das Ergebnis langfristiger Trends im politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben der USA.

Faktor eins: Gerrymandering

Gerrymandering (Wahlkreisschiebung) zielt darauf ab, den Zuschnitt der Wahlbezirke in einem Mehrheitswahlsystem zu modifizieren, um die Wahlergebnisse einer Partei zu optimieren. Dieses Verfahren ist alle zehn Jahre nach bundesweiter Volkszählung erlaubt und gehört in den USA seit dem 19. Jahrhundert zur politischen Praxis. Sowohl die Demokraten als auch die Republikaner nutzen diese Strategie, wenn sie in den Bun-

desstaaten an der Macht sind, um die Anzahl ihrer Mandate im Repräsentantenhaus (das House im US-Kongress) sowie in den Abgeordnetenkammern der jeweiligen Bundesstaaten zu erhöhen.

Eine der wesentlichen Strategien ist dabei, so viele Wähler des gegnerischen Lagers wie möglich in wenige, politisch homogene Bezirke zu „packen“ (packing), um einen Sieg des eigenen Lagers in den anderen, zahlreicheren Wahlbezirken zu sichern. Eine andere Strategie zielt darauf ab, die Anhänger der politischen Gegner auf mehrere Wahlbezirke, in denen sie keine Aussicht auf Erfolg haben, zu verstreuen (cracking). Beide Parteien können sich aber auch über den Zuschnitt der Wahlkreise einigen, z.B., um eine Wiederwahl der jeweiligen Sitzinhaber zu erleichtern.

Im Jahr 2004 hat der Oberste Gerichtshof der USA – der Supreme Court – bestätigt, dass Gerrymandering grundsätzlich legal ist, solange keine rassistischen Motive verfolgt werden. Dieses Urteil hat eine Tendenz bekräftigt, die sich bereits seit etwa 30 Jahren abzeichnete. Nach dem letzten Zensus von 2010 haben Demokraten und Republikaner von diesem Instrument noch einmal Ge-

glich wurde



Fotos: americanspirit / 123RF

brauch gemacht. Ein zentrales Ergebnis davon ist, dass heute die meisten Wahlbezirke für die House-Wahlen nach diesem Prinzip zugeschnitten sind.

Vor diesem Hintergrund ist der Ausgang der Wahlen zum Repräsentantenhaus nur noch bedingt offen. So waren für die Wahlen 2016 laut Hochrechnungen des Cook Political Report 86,6 Prozent der Sitze bereits im Sommer entweder den Republikanern oder den Demokraten sicher. In 8 Prozent der Fälle sollte es – wegen schwacher Konkurrenz der anderen Partei – für die eine oder die andere Seite relativ einfach sein zu gewinnen. Lediglich für 5,2 Prozent der Sitze wurden ein echter Wahlkampf und ein offenes Rennen erwartet.

Folge dieser Entwicklungen ist, dass in den USA der Wahlkampf oftmals nicht zwischen den Parteien stattfindet, sondern innerhalb der Parteien, denn in vielen Fällen garantiert die Nominierung der eigenen Partei bereits den späteren Wahlsieg. Diese Situation führt bundesweit zu weniger Wettbewerb der Ideen zwischen den beiden politischen Lagern, dafür aber zu mehr Rivalität unter Partei-Kollegen. Für die politisch ge-

mäßigten Kandidaten kommt die Konkurrenz daher in erster Linie von den Flügeln der eigenen Partei. Diese interne Konkurrenz ist ein Faktor bei der Radikalisierung des politischen Diskurses, denn um zu gewinnen, müssen die Kandidaten keine Rücksicht auf die Wechselwähler der gemäßigten Mitte nehmen.

Für die Präsidentschaftswahlen selbst spielt Gerrymandering zwar keine Rolle, denn die Abstimmungsregeln sind andere. Der diesjährige nationale Wahlkampf reflektierte aber die zentrifugalen Tendenzen, die in den letzten Jahrzehnten wegen dieser Praxis der Wahlkreiseinteilung bundesweit gefördert worden sind.

Faktor zwei: die Rolle der Medien

Medien spielen in der Politik grundsätzlich eine wichtige Rolle, ihr Spielraum variiert jedoch von Land zu Land. In den USA haben die Medien vergleichsweise großen Einfluss.

Im Jahr 1987 wurde die sogenannte Fairness-Doktrin abgeschafft. Diese Vorschrift von 1949 zielte darauf ab, für öffentlich relevante Themen eine politisch einseitige Berichterstattung zu verhindern, und galt

für Radio- und Fernsehsender auf öffentlichen Frequenzen. Demnach mussten die Sender kontroversen Diskussionen und gegensätzlichen Standpunkten „in angemessenem Umfang“ Raum bieten. Im Jahr 2000 sind zwei übrig gebliebene Zusätze der Fairness-Doktrin ebenfalls abgeschafft worden – ein Gesetz zum Umgang mit persönlichen Attacken und eines für politische Editorials. In beiden Fällen waren die Sender verpflichtet, bei persönlichen Attacken oder gezielter politischer Kritik im Rahmen einer ihrer Sendungen die betroffene Person zu informieren und dieser Sendezeit für eine Erwiderung oder eine Stellungnahme einzuräumen.

Die Abschaffung der Fairness-Doktrin hat ab den 1990er Jahren dazu beigetragen, dass sich der politische Ton in den US-Medien generell verschärft hat. Eine Politisierung der Nachrichten und der gesellschaftlichen Debatten wurde dadurch erleichtert.

In einigen privaten Fernsehsendern und Radio-Talkshows ist dieser Trend besonders ausgeprägt. Er führt zu einseitiger Rhetorik und zur Einteilung der Welt in Gut und Böse zugunsten eines der beiden politischen Lager, was den Diskurs oft weit nach links oder rechts rücken lässt. Politische Talkshows der Moderatoren Sean Hannity, Bill O'Reilly und Glenn Beck im Radio oder beim TV-Sender Fox News sowie Sendungen des Talkradio-Gastgebers Rush Limbaugh und Nachrichten-Webseiten wie Breitbart.com sind Beispiele dieser Tendenz im konservativen Lager. Da diese Sendungen zum Teil bundesweit sehr populär sind (die Radio-Shows werden z.B. von vielen Autopendlern gehört), tragen sie besonders dazu bei, die öffentliche Meinung zu polarisieren.

Während die polarisierende Tendenz von Medien vielerorts zu beobachten ist, hat das Phänomen im Zusammenhang mit den Erfolgen Donald Trumps noch einmal neue Fragen aufgeworfen. Im Zentrum steht dabei die Frage, inwieweit die US-Medien dazu beigetragen haben, aus dem Immobilienunternehmer den Favoriten in den republikanischen Vorwahlen zu machen. Dabei wird besonders auf die Rolle der 24-Stunden-Nachrichtensender hingewiesen: Diese kämpfen mit Livesendungen um die Gunst der Zuschauer und zahlungswillige Werbekunden und haben sich bereits sehr früh im Wahlkampf auf Donald Trump konzentriert – ohne seine schrillen Statements ernsthaft zu hinterfragen, nicht zuletzt aus Sorge, von ihm boykottiert zu werden. Da Trump be-

reits vor dem Wahlkampf in den USA weit-
hin bekannt war und hohen Unterhaltungs-
wert versprach, war er für viele Medien ein
gefundenes Fressen.

So hat z.B. das konservative Media Research
Center errechnet, dass der Nachrichtensen-
der CNN zwischen dem 24. August und dem
4. September 2015 80 Prozent seiner
Berichterstattung über die republikanischen
Vorwahlen Donald Trump gewidmet hat,
obwohl zu dieser Zeit noch gar nicht abzu-
sehen war, wie gut der Milliardär bei den
Primaries-Wählern abschneiden würde.
Diese „Trumpmania“ schlug sich auch in
jenem Teil der US-Presse nieder, der sich
permanent um neue Leser auf Smartphones
und Tablets bemüht und daher während des
Wahlkampfes fast täglich vom Treiben des
GOP-Favoriten und u.a. von seinen Tweets
(Trump hat über acht Millionen Follower
bei Twitter) berichtete.

Faktor drei: Wahlkampffinanzierung

Das Finanzierungssystem des Wahlkampfes
in den USA lässt Spenden in erheblichem
Umfang zu. Auch das trägt zur Polarisierung
der politischen Landschaft bei – und zwar
nicht, weil die Kandidaten, die für ihre Kam-
pagne am meisten Geld sammeln, automa-
tisch gewinnen, sondern weil dieses System
in der Bevölkerung mittlerweile für erheb-
liches Misstrauen sorgt.

Seit dem Verfahren Citizens United v. FEC
im Jahr 2010 ist es Unternehmen, Gewerk-
schaften und Verbänden in den USA er-
laubt, einzelne Kandidaten finanziell zu
unterstützen. Diese Entscheidung des Su-
preme Court beruht auf dem Prinzip der
Meinungsfreiheit und legt fest, dass Spen-
den aus der Wirtschaft oder aus organisier-
ten Interessengruppen unter diese Kategorie
fallen. Auf diesem Weg können auch Ein-
zelpersonen die für sie sonst übliche
2.500-Dollar-Grenze je Wahlkampf umge-
hen und große Summen für Wahlkampag-
nen spenden. Diese Entwicklung hat zur
Bildung von Super-PACs geführt, die sehr
flexibel sind: Es gibt für die Spender keine
finanzielle Obergrenze, und sie können bis
zum Ende des Wahlkampfes anonym blei-
ben. Die Summen dürfen jedoch nicht di-
rekt in den Wahlkampftopf der Kandidaten
fließen, weswegen sie in der Regel von Ver-
trauenspersonen separat verwaltet werden.
Mit dieser Kasse wird vor allem Wahlwer-
bung finanziert.

Großspenden sind im US-Wahlkampf kein
Novum und werden daher schon lange im
Kontext von Wahlen diskutiert. Der Unter-
schied seit 2010 ist allerdings, dass die in den

Super-PACs gesammelten Summen sehr
hoch sind im Vergleich zu den direkten Spen-
deneinnahmen der Kandidaten: Im Frühjahr
2016 hatte der diesjährige Präsidentschafts-
und House-Wahlkampf bereits die höchste
Summe an Spenden aus der Wirtschaft seit
2010 generiert. Ein großer Teil dieses Geldes
kommt von wenigen Multimillionären und
Milliardären, die über ihre Konzerne spen-
den. So haben etwa 400 Familien – die meis-
ten aus der Finanz-, Energie- und Immobili-
enbranche – mehr als die Hälfte der Summe
zusammengetragen, die bis zum Sommer
2015 gespendet worden ist.

Die Tatsache, dass Großspender mit ihren
Netzwerken verschiedene Initiativen för-
dern können, erschwert das Nachvollziehen
ihrer politischen Aktivitäten. Spenden an
Super-PACs können z.B. über sog. „501(c)
(4)“-Organisationen erfolgen. Diese gemein-
nützigen Interessenvertretungen sind nicht
dazu verpflichtet, die Namen ihrer Geldge-
ber bekanntzugeben. Außerdem weisen
Wahlbeobachter auf die Tatsache hin, dass
viele Super-PACs in beiden politischen La-
gern dieses Jahr Geld von möglichen Schein-
firmen erhalten – ein Phänomen, das das
System der Wahlkampffinanzierung noch
intransparenter erscheinen lässt.

Anders als in Deutschland und besonders
seit dem Citizens United-Verfahren können
sich also reiche Geldgeber und Konzerne
mit Großspenden in die US-Politik einbrin-
gen. Ihr Einfluss auf den Diskurs der Kandi-
daten ist schwer zu ermessen, da nicht klar
ist, ob die Anwärter bestimmte Überzeu-
gungen vertreten und deswegen die Unter-
stützung bestimmter Spender erhalten, oder
umgekehrt. Beispielsweise kann man sich
fragen, inwieweit Ted Cruz' kritische Hal-
tung zur menschlichen Dimension der Kli-
maerwärmung und seine Unterstützung für
fossile Energieträger von Loyalität gegen-
über einigen seiner Großspender beeinflusst
werden. Hillary Clinton wird von ihren
Gegnern rechts und links immer wieder
gefragt, wie sie glaubwürdig behaupten
kann, dass sie als Präsidentin die Macht der
Wall Street begrenzen werde, nachdem sie
in der Vergangenheit erheblich von deren
Großzügigkeit profitiert hat.

Die Folge: Laut einer Umfrage des Pew Re-
search Center denken zurzeit 76 Prozent
der Amerikaner, dass Geld eine größere
Rolle in der Politik spielt als früher. 77 Pro-
zent sind der Meinung, dass es für Wahl-
kampfspenden von Einzelpersonen und
Unternehmen generell Grenzen geben soll-
te. Dieses Misstrauen unter den Wählern
gegenüber dem aktuellen Wahlkampfffin-

anzierungssystem stellt einen Nachteil für die
traditionellen Kandidaten der republikani-
schen und der demokratischen Partei dar,
die in der Regel von Spenden aus der Wirt-
schaft profitieren. Seit 2010 sind sie auch
die Hauptempfänger der Super-PACs. Diese
enge Verbindung zwischen Geld und Politik
liefert Kritikern der Finanzierungsregeln
weitere Belege für die These, die Eliten bei-
der politischer Lager arbeiteten in erster
Linie daran, die Interessen der Reichen und
Mächtigen im Land zu fördern, zur Not
auch auf Kosten der restlichen Bevölkerung.
Das Aufeinandertreffen von Geld und Poli-
tik spielt hingegen Kandidaten in die Hände,
die von diesem System nicht offensichtlich
profitieren. Dies war beim diesjährigen Prä-
sidentschaftsvorwahlkampf bei den beiden
Protestkandidaten Trump und Sanders der
Fall: Im Gegensatz zu ihren Mitbewerbern
wurden sie nicht von Super-PACs unter-
stützt. Donald Trump finanzierte seine
Vorwahl-Kampagne vor allem aus eigenen
Mitteln, und Bernie Sanders konnte bis En-
de März über 150 Millionen Dollar in erster
Linie dank zahlreicher kleiner Online-Spen-
den (durchschnittlich 27 Dollar) sammeln.
Beide haben aus ihrer finanziellen Unabhän-
gigkeit ein zentrales Motiv ihres Wahlkamp-
fes gemacht.

Faktor vier: ideologische Graben- kämpfe statt Überparteilichkeit

Parteiübergreifende Zusammenarbeit ist in
vielen politischen Institutionen auf der na-
tionalen Ebene und in den US-Bundesstaa-
ten unabdingbare Voraussetzung, um über-
haupt Entscheidungen treffen oder Gesetze
verabschieden zu können. Dabei sind Kom-
promisse bzw. gemeinsame Initiativen zwi-
schen republikanischen und demokrati-
schen Mandatsträgern nötig. Durch diese
parteiübergreifende Zusammenarbeit ist al-
lerdings in den letzten Jahrzehnten in den
USA immer mehr in den Hintergrund getre-
ten.

Das Besondere an den USA ist, dass es zwi-
schen den Demokraten und den Republika-
nern immer weniger ideologische Überlap-
pung gibt. Die Divergenzen sind z.T. so
ausgeprägt, dass auf keinem Weg eine Ein-
gung erreicht werden kann, was zu enor-
men Blockaden im System führt.

Diese Polarisierung, die den politischen Ent-
scheidungsprozess erschwert, ist in beiden
Parteien seit mehreren Jahrzehnten zu be-
obachten. Wissenschaftler haben beispie-
lsweise errechnet, dass die Polarisierung im
US-Kongress (House und Senat) seit den
1970er Jahren auf beiden Seiten deutlich



gestiegen und heutzutage auf ihrem höchsten Stand seit den 1870er Jahren ist. Sie ist auf der nationalen Ebene am stärksten zu spüren, wenn die House-Mehrheit im Kongress und der Präsident unterschiedlicher politischer Couleur sind und das House seine Haushaltsbefugnis nutzt, um Entscheidungen der Regierung zu stoppen. In einem Fall hat dies – im Rahmen eines bitteren Kampfes zwischen Republikanern und Demokraten zum Affordable Care Act (Obamacare) – sogar zu einem zweiwöchigen Stillstand der Regierungsgeschäfte im Oktober 2013 geführt.

Aktuelle Umfragen zeigen, dass die Bürger diese Blockaden und die Dysfunktionalitäten im politischen System generell satthaben. Frustrationen in dieser Hinsicht haben bei Wahlen den kontraproduktiven Effekt, den extremsten Politikern in die Hände zu spielen, die das politische Establishment in beiden Lagern für die Situation verantwortlich machen und ankündigen, das in ihren Augen marode politische System grundlegend verändern zu wollen.

Wissenschaftliche Untersuchungen bestätigen, dass Polarisierung sowohl in der Politik als auch in der Gesellschaft zu finden ist: Die ideologische Identität der Bürger auf beiden Seiten des politischen Spektrums ist heutzutage stärker ausgeprägt als früher, vor allem bei denen, die sich politisch engagieren und regelmäßig wählen. Es wird von „ideologischen Silos“ gesprochen, um die steigende gegenseitige Abneigung gegenüber den politischen Überzeugungen des anderen Lagers zu erklären. Dies fördert gegenseitige Intoleranz und auch Tendenzen zum sozialen Rückzug in die politische „Familie“, was die Gesellschaft im Alltag prägt. Ein Indiz dieser zunehmenden Kluft zwischen Anhängern der Demokraten und der Republikaner ist die Tatsache, dass schon seit mehreren Jahren weniger Wähler als früher bei Präsidentschaftswahlen die Parteigrenzen überschreiten.

Faktor fünf: die Wut der weißen Mittelschicht auf das Establishment

Donald Trumps und Bernie Sanders' ideologische Divergenzen waren mehr als deutlich. Mehrere Aspekte ihres Diskurses klangen allerdings sehr ähnlich und wurden von Beobachtern als Gründe ihrer Popularität gesehen. Der gemeinsame Nenner dieser Positionen war, dass sie die alltäglichen öko-

nomischen und sozialen Sorgen der (unteren) Mittelschicht ansprechen und mehr Gerechtigkeit bzw. weniger ökonomische Ungleichheit versprochen. Insofern waren langfristige Spannungen in der US-Bevölkerung ein wichtiger Grund ihres Erfolgs. Ihre Rivalen im Vorwahlkampf, angefangen von Clinton über Kasich zu Cruz, haben dies deutlich zu spät verstanden.

Trump und Sanders begeisterten ihre Anhänger, indem sie das Partei-Establishment, das in beiden Lagern die Sorgen der Mittelschicht ignoriert – so zumindest der Vorwurf –, kritisierten. Sie bemängelten die Rolle des Geldes in der Politik und behaupteten, sie wären als Präsidenten in der Lage, den Einfluss der ökonomischen Elite und der Großkonzerne auf die Politik zu begrenzen und wichtige Reformen für die Bürger durchzusetzen. Zudem äußerten sich beide kritisch zu den Folgen der Globalisierung und des Freihandels.

Unter diesen Umständen kann man sich fragen, warum Trump trotz nationalistischer und xenophober Vorstöße, eklatanter Wissenslücken, so gut wie keiner Erfahrung in der Politik sowie abfälliger Kommentare und mehr oder weniger gewollter Tabubrüche, so erfolgreich war. Studien weisen darauf hin, dass sich viele weiße Wähler mit bescheidenem Einkommen in der heutigen Gesellschaft abgehängt und betrogen fühlen. Sie haben das Establishment satt und sehnen sich nach dem Außenseiter, der bisher noch nie politische Verantwortung übernommen hat. Anti-Immigrationsreden finden sie verlockend, weil sie um ihren Arbeitsplatz und ihre Lebensumstände fürchten. Sie hegen Ressentiments gegen Bewegungen wie Black Lives Matter, die sich für Minderheiten einsetzen, weil sie das Gefühl haben, dass niemand für sie aufsteht. Ihre Kritik an Political Correctness ist auch in diesem Zusammenhang zu sehen.

In einer weltoffenen und vielfältigen Gesellschaft fühlt sich diese weiße untere Mittelschicht auch zunehmend kulturell und demografisch unterlegen. Viele dieser Menschen sind außerdem frustriert, weil sie Angst haben, keine Chance auf soziale

Mobilität zu haben, was in den USA eng mit Freiheit und dem „American Dream“ verbunden ist.

Donald Trump sprach diese Ängste der weißen unteren Mittelschicht offen an. Er redete in dramatischen Tönen vom nationalen Niedergang und von der Ohnmacht des Landes auf der internationalen Bühne (gegenüber dem Iran, IS, China) und stieß damit auf Begeisterung in diesen Bevölkerungsgruppen, die diese Trends genauso wahrnehmen und sie stoppen und umkehren wollen. Der Geschäftsmann hatte eine einfache, positive Botschaft – „Make America Great Again“ –, die diesen Menschen wieder Hoffnung auf politische Selbstbestimmung, Sicherheit, Kontrolle und Ordnung schenkte.

Schließlich erklärt auch ein noch subtileres Element, warum Trump die weiße untere Mittelschicht, darunter vor allem Männer in mittlerem Alter, besonders gut mobilisieren konnte: sein Ton und Stil, so sehr dieser auch für andere abschreckend erscheinen mag. Verschiedene soziologische Untersuchungen haben festgestellt, dass gerade dann, wenn Menschen sich direkt oder indirekt – von innen oder außen, ökonomisch oder kulturell – bedroht fühlen, autoritäre Reflexe aktiviert werden: Sie suchen dann nach dem starken Mann, der ihnen verspricht, alles zu unternehmen, um sie vor den Gefahren und Veränderungen zu schützen. Im diesjährigen Rennen um das Weiße Haus erntete Donald Trump die Früchte dieser autoritären Sehnsucht.

In jedem Fall wird die Radikalisierung der unteren Mittelschicht rechts und links des politischen Spektrums auch nach der Wahl eine der größten Herausforderungen für das politische System der USA bleiben – und nicht nur dort: Auch in Europa zeigt sich, wie wichtig es für etablierte Parteien ist, die Ängste und Sorgen aller Bürger ernst zu nehmen, um das Erstarken von populistischen oder Anti-Establishment-Bewegungen zu verhindern. ■

Die Autorin:

Dr. Céline-Agathe Caro ist Senior Policy Analyst im Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Washington. Der für Souverän aktualisierte Beitrag ist in voller Länge in der Ausgabe 2 | 2016 der Auslandsinformationen der Konrad-Adenauer-Stiftung erschienen.



Innere Sicherheit:

Organisierte Kriminalität außer Kontrolle?

Die Sicherheitsorgane hatten zuletzt mit der Bekämpfung islamistischen Terrors alle Hände voll zu tun. Im Schatten dieser Bedrohung wächst eine altbekannte Krake weiter, die sog. Organisierte Kriminalität (OK). Fragen dazu an den Publizisten Jürgen Roth.

Souverän: Organisierte Kriminalität ist ein weites Feld, vom Zigaretten-schmuggel über Drogen bis hin zum Waffen- und Menschenhandel. Wo werden eigentlich die meisten Umsätze gemacht?

Jürgen Roth: Eine Billion Dollar – so hoch gehen die Schätzungen über das Vermögen, dass die Organisierte Kriminalität weltweit jährlich erwirtschaftet. Die höchsten Umsätze werden immer noch mit dem Drogenhandel erwirtschaftet. Sie liegen jährlich bei 600 Milliarden US-Dollar, was 7,6 % des weltweiten Handelsvolumens entspricht. Die Gewinne für die Drogenhändler lagen dabei zwischen 300 % und 2000 %. Im Drogenhandel in Europa spielt die italienische Mafia aus Kalabrien, die Ndrangheta, die wichtigste Rolle. Sie ist in Deutschland in Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Thüringen flächendeckend durch kriminelle Clans vertreten. Das Drogengeschäft dient übrigens auch zur Finanzierung von lokalen Bürgerkriegen. Afghanistan ist zum Beispiel ein Narco-Staat geworden. Im Norden, dort also, wo in vielen Provinzen die Bundeswehr stationiert war, explodierte der Opiumanbau. Die Mohnfelder haben sich dort mehr als verdreifacht. Dadurch wurden die radikalislamischen Taliban zu schwerreichen Drogenfürsten. Neben den traditionellen Deliktsfeldern wie Drogenhandel, Schutzgelderpressung, Prostitution und Geldwäsche ist der Handel mit gefälschten Markenartikeln

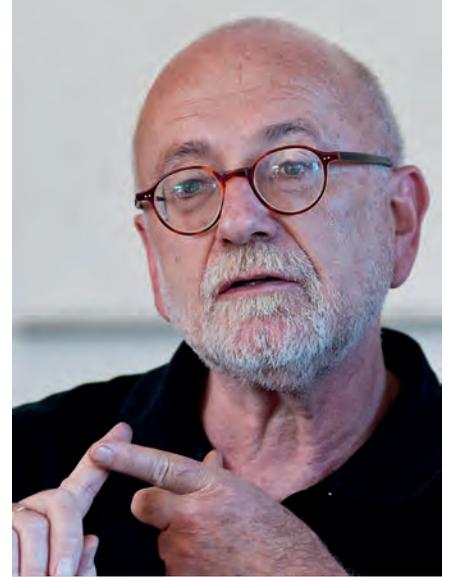
zu einem Kerngeschäft der Organisierten Kriminalität avanciert. Großer Schaden entsteht dabei nicht nur der Wirtschaft. Auch Verbraucher werden um ihr Geld betrogen und oft an Gesundheit und Leben gefährdet.

Nach einem Lagebericht des Bundeskriminalamtes wird die Organisierte Kriminalität in Deutschland von Ausländern dominiert. Ist das auch Ihr Eindruck?

Das ist sicher richtig. Wobei zu bedenken ist, dass die ausländischen kriminellen Organisationen ohne die Hilfe und Unterstützung deutscher Komplizen, ob Unternehmer, Banker oder Anwälte, wenig Erfolg hätten. Und im Rahmen der Globalisierung ist eine internationale Vernetzung der kriminellen Organisationen geradezu die Voraussetzung, um erfolgreich tätig zu sein. Tatsächlich fand inzwischen ein Paradigmenwechsel von einem stärkeren nationalen zu einem stärkeren globalen Verständnis Organisierter Kriminalität statt. Die Bürgerkriege, verbunden mit den Migrationsströmen, sowie die politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen durch die Finanzkrise schufen in Europa und auch in Deutschland ein Klima politischer, sozialer und wirtschaftlicher Unsicherheit und lieferten deshalb viele Anreize für illegale Aktivitäten, u.a. Waffen-, Drogen-, Menschenhandel, und förderten neue Aktionsräume für transnational operierende Banden.

Welche Nationalitäten tun sich hier besonders hervor?

Im Handel mit Cannabis sind es sowohl nigerianische wie marokkanische Banden. Im Bereich des Kokain-Handels Italiener, im Bereich der organisierten Wirtschaftskriminalität die osteuropäischen Nationalitäten, besonders die aus der ehemaligen UdSSR. Die sogenannte Russenmafia spielte bereits Anfang der neunziger Jahre in Deutschland im Bereich Schutzgelderpressung und Geldwäsche eine zentrale Rolle. Ein konkretes Beispiel für ihr Agieren: Bei der Observation eines Treffpunkts der füh-



Jürgen Roth, Jahrgang 1945, gilt als einer der bekanntesten Vertreter des investigativen Journalismus in Deutschland. Seit 1971 veröffentlichte er zahlreiche Bücher und Fernsehdokumentationen über die OK. Er ist zudem aktiv in der Organisation Business Crime Control, denn er ist der Meinung, die Organisierte Kriminalität sei mit dem Wirtschaftssystem tief verflochten. Die Rheinische Post u.a. sehen Roth als einen der „besten Kenner der Materie“. Wie angesichts des Themas kaum anders zu erwarten, ist er jedoch auch umstritten. Gegen Roth gab es wegen seiner Publikationen mehrere Gerichtsverfahren. Sein neuestes Buch heißt „Schmutzige Demokratie: Ausgehöhlt – Ausgenutzt – Ausgelöscht?“ und ist im September 2016 im ecowin-Verlag erschienen.

renden russischen OK-Szene auf dem Kürfürstendamm kamen die Leibwächter der kriminellen Autoritäten aus dem Lokal und verklebten mit Klebeband und Papier alle Öffnungen eines Toilettenhäuschens, das von der Polizei zur Observation eingerichtet wurde. Diese Strukturen haben sich bis heute insofern verändert, als die einstigen Chefs der Syndikate inzwischen ihr kriminell erwirtschaftetes Kapital in legale Geschäfte investiert haben und damit konkurrenzlos bestimmte Märkte beherrschen. Und sie zeichnen sich durch eine besondere Variante der Einflussnahme aus. Verschiedene westliche Nachrichtendienste, unter anderem das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz, gehen davon aus, dass nicht nur einzelne oder ehemalige Geheimdienst-Angehörige in Aktivitäten

Die Umsätze im Drogenhandel liegen weltweit jährlich bei 600 Milliarden US-Dollar.



der Organisierten Kriminalität (OK) in Deutschland involviert sind, sondern die russischen Nachrichtendienste selbst ein Interesse an einer systematischen Zusammenarbeit haben. Aus Berichten des bayerischen Verfassungsschutzes geht hervor, dass es in Deutschland russische Geschäftsleute gibt, die im Verdacht stehen, sowohl nachrichtendienstlich als auch im Bereich der OK und des internationalen Terrorismus tätig zu sein.

Wie gefährlich sind die Clan-Familien aus Albanien oder dem Libanon?

Die albanische Mafia spielt zweifellos eine zentrale Rolle sowohl in Deutschland wie in Europa und selbst in den USA, sowohl im Heroinhandel wie im Bereich des internationalen Menschenhandels. Sie ist deshalb besonders gefährlich, weil sie – ähnlich wie die Ndrangheta – in Familienclans organisiert ist, die europaweit vernetzt sind. Die albanische Mafia ist pyramidal strukturiert. Es gibt eine Kerngruppe, mit einem Chef und verschiedenen Beratern, die alle männlich sind. Die Kerngruppe besteht meistens aus vier bis zehn Personen aus demselben Clan, demselben Dorf oder derselben Familie. Dieser Clan spezialisiert sich dann auf eine kriminelle Aktivität (Kuppelei, Raub, Drogenhandel etc.), außerdem verteidigt er sein Territorium (wobei auf dem selben Territorium auch andere Clans mit anderen kriminellen Aktivitäten tätig sein dürfen).

In Deutschland spielen die ethnischen Clans der Araber/Libanesen, zum Beispiel in Berlin, Duisburg, oder Bremen, eine wichtige Rolle in der Organisierten Kriminalität. Einerseits betreiben sie legale Geschäfte, wie Obstläden, Baugeschäfte, Fahrzeugverleihe, andererseits ist die Erpressung bis hin zum Drogenhandel für sie ein lohnendes Geschäftsfeld geworden.

Darüber hinaus haben diese kriminellen Clans in nicht geringem Maße in den Erwerb von Grundstücken und dem Bau von Moscheen investiert, in denen wiederum „Gotteskrieger“ ideologisch geschult werden.

Auf welchen Feldern sind auch deutsche Banden beteiligt?

Hier geht es hauptsächlich um Hell's Angels, Bandidos, Osmanen, also die sogenannten Outlaw Motorcycle Gangs, die sich als harmlose Motorradfans sehen, in Wirklichkeit jedoch kriminelle Vereinigungen sind. Sie sind im Bereich des internationalen Mädchenhandels aktiv, beherrschen in manchen deutschen Großstädten das Geschäft mit der Prostitution. „Wir beobachten, dass sich diese Rockergruppen tatsächlich offen hinstellen und die Bundesrepublik untereinander aufteilen. Jetzt machen sie es sogar mit der Kanone in der Hand“, so Ulf Küch, der Braunschweiger Kripo-Chef.

Auf den Internetseiten des Bundesinnenministeriums heißt es, die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität gehöre zu den Schwerpunktaufgaben des Ministeriums. Haben Sie den Eindruck, dass von politischer Seite dem Thema wirklich genug Augenmerk gewidmet wird?

Nein. Und damit stehe ich nicht alleine, sowohl die Gewerkschaft der Polizei (GdP) wie der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) beklagen seit Jahren, dass „die Politik“ nur bei aktuellen Ereignissen kurzfristig reagiert, es jedoch keine mittel- wie langfristige Strategie im Kampf gegen die Organisierte Kriminalität gibt. „Selbst Anzeigen über Fahrraddiebstähle oder Einbrüche legen wir in den Papierkorb“, berichtet ein Kripobeamter aus Berlin. „Wir haben weder Zeit noch die Mittel, hier für

die Bürger weiter etwas zu unternehmen.“ In fast allen Bundesländern wurden die Bereiche der Organisierten Kriminalität abgebaut. Frank Buckenhofer, bei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) verantwortlich für den Bereich Zoll, sieht die Polizei im Kampf gegen die Schmuggelgeschäfte personell überfordert: „Uns fehlen mindestens 3000 Beamte, die sich verstärkt dem internationalen Drogen-, Waffen-, Arzneimittel- und Zigarettenschmuggel widmen müssen.“ Gleichzeitig wurden, wegen des islamistischen Terrorismus, Beamte aus den Kommissariaten zur Bekämpfung der OK abgezogen. Und es kommen immer neue Aufgabengebiete auf die Kriminalisten zu, wie der Kampf gegen die Cyber-Kriminalität – aber überall fehlen die qualifizierten Kriminalisten.

Was sind überhaupt die wichtigsten Maßnahmen zur Bekämpfung der OK? Welche Rolle spielt die immer wieder von der Politik ins Auge gefasste Geldwäsche?

Die wichtigste Maßnahme wäre natürlich ein massiver Stellenaufbau. Es fehlen heute Tausende Kriminalbeamte im Bereich der Organisierten Kriminalität und der organisierten Wirtschaftskriminalität. Zudem bedarf es einer europaweiten Kooperation, die bislang nur sehr dürftig funktioniert. Denn das Problem besteht darin, dass einzelne, insbesondere osteuropäische EU-Mitglieder ein symbiotisches Verhältnis zur Organisierten Kriminalität haben. Das heißt, politische Führungskräfte in diesen Ländern standen oder stehen in enger Beziehung zur Organisierten Kriminalität, wie im Kosovo oder in Ungarn. De facto wirken sich der permanente Einfluss der Organisierten Kriminalität auf die staatlichen Strukturen, die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen kriminellen Gruppierungen in der Region und vor allem deren Kooperation mit einigen extremistischen Organisationen äußerst negativ auf die politische Stabilität dieses Teils Europas aus.

Tatsächlich ist das wirksamste Mittel, um die Organisierte Kriminalität zu bekämpfen, ein funktionierendes Geldwäschegesetz, wonach derjenige, der über nicht klare Geldvermögen verfügt, beweisen muss, dass das Geld legal erwirtschaftet wurde. Es geht also um die sogenannte Beweislastumkehr. Das scheint jedoch politisch nicht durchsetzbar zu sein, obwohl es in Italien das wirksamste Mittel ist, um die Mafia zu bekämpfen. ■



Die Banken- und Finanzkrise schwelt hinter den Kulissen weiter. Ist sie überhaupt grundsätzlich zu lösen, oder ist ein harter Schnitt irgendwann unausweichlich? Fragen an den Finanzexperten Dr. Daniel Stelter ...

Banken- und Finanzkrise:

Die Politik des billigen Geldes kauft **nur Zeit**

Souverän: Aktuell sorgt sich die Welt um die Deutsche Bank, denn sie gehört zu den global systemrelevanten Banken. Laut IWF (Internationaler Währungsfonds) stellt das deutsche Geldinstitut im Falle einer neuen Finanzkrise eine große Gefahr dar. Wie bewerten Sie die aktuelle Situation?

Dr. Daniel Stelter: Zur Situation der Deutschen Bank kann man sich als Außenstehender nicht seriös äußern. Niemand weiß, wie es wirklich um die Qualität der Bilanz steht, niemand kann die Risiken wirklich ermessen. Wir können auch im Interesse des Standortes Deutschland nur hoffen,

dass die einzige deutsche Bank mit globalem Anspruch auch in Zukunft existiert und nicht als Tochtergesellschaft eines ausländischen Bankkonzerns geführt wird. Dass wir dies überhaupt diskutieren und befürchten müssen, liegt daran, dass wir auch acht Jahre nach Beginn der größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren die viel grundlegenden Probleme nicht gelöst haben. Die europäischen Banken sind nicht wie die Banken in den USA rasch und konsequent mit neuem Kapital ausgestattet worden. Und sie können immer noch viel zu frei ihre Bilanzen gestalten und mit viel zu geringem Eigenkapital arbeiten.

Die Politik setzte auf ein Spiel auf Zeit und hoffte, dass sich so die Probleme von zu hohen Schulden in der Realwirtschaft und mit zu wenigem Eigenkapital arbeitenden Banken lösen würden. Doch das hat nicht funktioniert. Die Schulden von Unternehmen und privaten Haushalten in den Krisenländern sind immer noch zu hoch, die Banken zu schwach, um die erforderlichen Abschreibungen zu tragen. Zombie-Banken stützen Zombie-Unternehmen. Die erforderliche Bereinigung der Altlasten wird verhindert. In der Folge kommt die Wirtschaft in Europa auch nicht wieder auf die Beine. Erst vor kurzem hat die Wirtschaft in der Eurozone wieder den Stand von 2008 erreicht. Länder wie Spanien und Italien sind weit von dem Niveau entfernt.



Unser Interviewpartner

Daniel Stelter, Jahrgang 1964, gilt als die unabhängige Stimme zur Finanzkrise. Er studierte Wirtschaftswissenschaften an der Universität St. Gallen und promovierte auch dort. Er ist Autor zahlreicher Kolumnen und Gastbeiträge in renommierten Wirtschaftsmedien wie Wirtschaftswoche, Manager Magazin, Handelsblatt oder Süddeutsche Zeitung. Seit 2013 betreibt er im Internet den Blog www.think-beyondtheobvious. Sein neuestes Buch „Eiszeit in der Weltwirtschaft“ (Campus-Verlag, ISBN 978-3-593-50514-5) ist eine Anleitung zum Selberdenken in der Wirtschaftskrise. Stelter umreißt darin die vier wahrscheinlichsten Entwicklungsszenarien, auf die wir uns in naher Zukunft einstellen sollten: große Depression, Sanierung durch Schuldenschnitte, Vermögensabgaben und Inflation. Daraus leitet er rationale Strategien ab, die uns helfen, unsere Vermögen zu erhalten.

Seit der Pleite der Investmentbank Lehman-Brothers im Jahre 2008 und der darauf folgenden globalen Finanzkrise steht die Frage im Raum, ob der Staat Banken retten soll. Wie ist Ihre grundsätzliche Position dazu?

Zunächst: Wenn Sie denken, wir haben in der ersten Welle der Euro-„Rettungs“-Aktionen mit unseren Steuergeldern Griechenland, Irland und Portugal „gerettet“, so irren Sie sich. In Wahrheit ging es darum, die ausländischen Kreditgeber, meist deutsche und französische Banken zu retten. Verständlicherweise hat nun die Politik kein großes Interesse, weitere Mittel in die Hand zu nehmen, um Banken, zu retten. Deshalb wurden im Rahmen der sogenannten „Bankenunion“ Vorkehrungen getroffen, die staatliche Rettungsaktionen in Zukunft überflüssig machen sollten. Wie an-



stellung, unser Geld würde von der Notenbank, also der Europäischen Zentralbank, bereitgestellt und von den Banken nur verteilt. Doch das stimmt so nicht. In Wahrheit werden über 90 Prozent des Geldes, welches wir tagtäglich verwenden, von den Banken geschaffen, indem sie Kredite vergeben. Wenn Sie von Ihrer Bank einen Kredit wollen, muss die Bank nicht vorher entsprechende Einlagen eingesammelt haben. Sie kann Ihnen das Geld einfach so auf Ihrem Konto gutschreiben. Mit dem Kredit kommt also neues Geld in die Welt – und das ist faktisch mit allem Geld der Fall. Damit sehen wir auch das Problem: Sobald wir Banken im großen Stil in die Pleite entlassen, haben wir entsprechend weniger Geld im Umlauf und vernichten die – aus der Kreditvergabe der Banken entstandenen – Ersparnisse. Die Folge wäre eine Wirtschaftskrise. Die Antwort muss deshalb lauten, die Banken deutlich zu verkleinern oder gleich über einen Systemwechsel nachzudenken, wie das die Schweizer tun. Nämlich den Banken das Recht zur Geldschöpfung zu nehmen.

Heute – wie das die Politiker der EU in guter Absicht beschlossen haben – eine sogenannte Bail-in-Regelung einzuführen ist da völlig falsch. Bail-in bedeutet, dass bei

der Schieflage einer Bank zunächst die Aktionäre und Gläubiger haften. Dies ist natürlich theoretisch richtig. Jedoch kann man eine solche Regelung nur bei einem gesunden Bankensystem einführen. Dann setzt die Regelung die richtigen Anreize für das Management und die Investoren. Sie passen besser auf, keine zu riskanten Geschäfte zu machen. Bei einem kranken Bankensystem mit zu geringem Eigenkapital und zu vielen Schulden bewirkt es das Gegenteil. Kein Investor wird freiwillig einer Bank Geld leihen oder deren Aktien kaufen, wenn er davon ausgehen muss, dieses Geld schon morgen zu verlieren, weil die Kapitalbasis nicht ausreicht. Genau diese Situation haben wir heute in Europa, nicht nur in Italien, wo die faulen Schulden auf bis zu 18 % des Bruttoinlandsprodukts geschätzt werden.

Die Eurokrise ist in Wahrheit eine Überschuldungskrise von privaten Haushalten und Unternehmen, die sich zunehmend zu einer Schuldenkrise der Staaten ausweitet. In einem solchen Umfeld drohen erhebliche Verluste für die Gläubiger, also Banken, Versicherungen und letztlich uns Sparer. Solange diese Schuldenkrise nicht bewältigt ist, kann man jedem nur davon abraten,

dere Unternehmen auch sollten Banken jetzt für die Folgen von Missmanagement haften und im ungünstigen Fall Konkurs machen. Das Problem ist nur: Wir müssen, bevor wir diese Regel einführen, unser Geld- und Finanzsystem auf eine solidere Grundlage stellen. Heute sind nämlich Banken die Hauptverantwortlichen für die Bereitstellung von Geld. Viele haben die Vor-

FÜR UNSERE
GESUNDHEIT
HAT INSELARZT MARTIN
700 SPRECHZIMMER.

WIR SAGEN DANKE.

Gemeinsam machen wir das deutsche Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt. Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de/martin

IHRE PRIVATEN
KRANKENVERSICHERER



in Banken zu investieren und mehr als 100.000 Euro auf dem Konto zu haben.

Die Isländer sind ja einen anderen Weg gegangen als der Rest Europas. Sie haben ihre Pleite-Banken verstaatlicht und dann in Insolvenz gehen lassen. Den Gläubigern wurde eine Last von 85 Milliarden Euro auferlegt. Kann das damalige Krisenmanagement der Insel im Nordatlantik beispielgebend sein?

Vergleicht man die wirtschaftliche Entwicklung von Island mit der von Irland oder gar Griechenland, wird überdeutlich, dass die Isländer den richtigen Weg gegangen sind. Und zwar in jeder Hinsicht. Zum einen haben sie nur die inländischen Sparer geschützt, nicht die ausländischen Gläubiger, also zumeist Banken aus Großbritannien und Kontinentaleuropa. Es gab also von Anfang an einen „Bail-in“, vor allem auch deshalb, weil die Forderungen der Gläubiger so groß waren, dass das Land sie ohnehin niemals hätte erfüllen können. Damit einhergehend kam es zu einer deutlichen Abwertung der isländischen Krone, was Importe deutlich verteuert, zugleich aber die Wettbewerbsfähigkeit des Landes gesteigert hat. Die Inflationsrate lag ebenfalls über jener der Euroländer, was zu einer Entwertung der Schulden beigetragen hat. In der Folge musste der isländische Staat nicht so starke Kürzungen vornehmen wie zum Beispiel Irland und Griechenland, was zu einer raschen Erholung der Wirtschaft beitrug. Zu guter Letzt hat Island bereits mehrere der verantwortlichen Banker verurteilt und prüft die oben bereits angesprochene Umkehrung des Geldsystems. Insofern ist Island in der Tat ein Vorbild, dem wir leider erst in der Zukunft folgen können. Ich fürchte aber, dass unsere Politiker nicht den Mut haben, in diese Richtung zu gehen. Hinzu kommt, dass der Euro wie ein Korsett wirkt und Ländern nicht mehr die Möglichkeit einer deutlichen Abwertung gibt, damit sie die einheimische Wirtschaft stimulieren und die Inflationsrate steigern können. Wie gut das wirkt, kann man gerade in Großbritannien beobachten, wo der Absturz des Pfundes nach dem Brexit-Votum Inflation und Exporte belebt.

Acht Jahre Vertrauenskrise und kein Ende, denn die Finanz- und Schuldenkrise schwelt weiter, mit unterschiedlichen Akteu-

ren und wechselnden Schauplätzen. Vor allem die immer weiter wachsende Verschuldung legt die Frage nahe: Kann sich die Welt überhaupt noch aus dieser Gefahrenlage befreien? Wenn ja, mit welchen Mitteln?

Über drei Jahrzehnte hinweg haben wir in der westlichen Welt jede Krise und vor allem die strukturell rückläufigen Wachstumsraten mit einer zunehmenden Verschuldung kaschiert. Re-

Lieber einen geordneten Schnitt verbunden mit einer Neuordnung der Eurozone heute, als den großen Crash morgen.

lativ zum Bruttoinlandsprodukt haben sich die Schulden von Staaten und Privaten mehr als verdoppelt. Real, also bereinigt um die Inflation, haben Unternehmen mehr als dreimal so viele Schulden wie 1980, Staaten mehr als viermal und private Haushalte mehr als sechsmal. Die Krise von 2009 war demzufolge kein Zufall. Sie war die direkte Folge eines jahrzehntelangen Schuldenbooms. Und wie haben wir darauf reagiert? Mit noch mehr billigem Geld, mit noch mehr Schulden. Fast überall liegt die Verschuldung heute noch höher als 2009. Dabei wirkt die Schuldenlast zunehmend negativ auf die Realwirtschaft. Immer geringer wird das Wachstum, weil die Schulden trotz Null- und Negativzins die laufende Nachfrage schmälern. Schulden sind nun mal nichts anderes als vorgezogener Konsum.

Hinzu kommt, dass die Fehlinvestitionen des Booms und die bereits angesprochenen Zombie-Banken und Unternehmen ebenfalls negativ auf die Wirtschaft wirken. Ohne eine Bereinigung der faulen Schulden werden wir uns aus dieser Situation nicht befreien können.

Die Politik des billigen Geldes kauft nur Zeit und verhindert – vorerst – eine erneute Krise. Lösen kann sie die Probleme nicht. Deshalb wird ernsthaft über noch radikalere Maßnahmen diskutiert, um die Stagnation zu überwinden. Neben noch negativeren Zinsen propagieren Volkswirte auch die direkte Finanzierung von staatlichen Konjunkturprogrammen durch die Notenban-



ken. Doch auch diese Interventionen werden nicht genügen, um die Schuldenlast zu senken. Im Gegenteil dürften am Ende noch höhere Schulden stehen.

Leider gibt es keinen schmerzfreien Weg aus der Überschuldungssituation.

Entweder die Schuldner stellen ihre Zahlungen ein, was zu einem heftigen Chaos in der Wirtschaft führt und Banken und Versicherungen in Schwierigkeiten bringt. Alternativ und besser wäre ein geordneter Schuldenschnitt, bei dem sich Gläubiger und Schuldner zusammensetzen und über Schuldenerlass und die Streckung von Zahlungen einigen. Auch in diesem Fall verlieren die

Gläubiger, wenn auch weniger als im chaotischen Szenario. Finanziert werden könnte ein solcher Schnitt über Steuern, damit die Lasten in der Gesellschaft gerecht verteilt werden.

Da dies jedoch höchst unpopulär ist, setzt und hofft die Politik hinter vorgehaltener Hand auf eine deutliche Inflation. Ob diese jedoch kommt, ist angesichts der hohen Schuldenlast nicht sicher. Kommt sie, dann dürfte sie deutlich sein.

Für die Gläubiger läuft es in allen Szenarien auf einen deutlichen Verlust hinaus. Leider sind wir Deutschen mit die größten Gläubiger. Unsere Ersparnisse werden zu einem guten Teil im Ausland angelegt, was die direkte Folge unseres Status als Exportweltmeister ist. Wer mehr exportiert als importiert, gibt dem Ausland nämlich Kredit – eine Tatsache, die in der öffentlichen Diskussion gerne verschwiegen wird. Unsere Kapitalsammelstellen, also die Banken und Versicherungen, legen dabei das Geld leider schlecht an. So haben sie alleine im Zuge der US-Immobilienkrise mehr als 400 Milliarden Euro verloren, wie das Deutsche Institut der Wirtschaft (DIW) vorgerechnet hat. Verloren haben natürlich wir alle, weil unsere Lebensversicherungen und Ersparnisse weniger Ertrag abgeworfen haben, als sie es ohne diese Verluste getan hätten.

Bei der unweigerlichen Fortsetzung der Krise werden die Verluste noch deutlich größer werden. Verhindern kann dies die Politik nicht mehr, aber den Schaden begrenzen. Lieber einen geordneten Schnitt, verbunden mit einer Neuordnung der Eurozone heute, als den großen Crash morgen. Leider sieht es nicht danach aus, dass die Politik sich traut, diesen Schritt zu gehen. ■

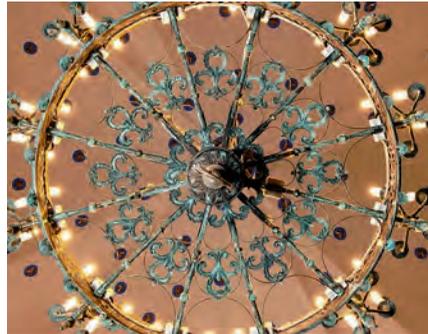
Denkmalschutz ist unser Dank
an die Vergangenheit,
die Freude an der
Gegenwart und
unser Geschenk an die Zukunft.



Ulm, Münster / DSD - Roland Rossner



Potsdam, Friedenskirche / DSD - Roland Rossner



Langenweddingen, Dorfkirche / DSD - Marie-Luise Preiss



Wertheim, Kloster Bronnbach / DSD - Roland Rossner

Was wären unsere Städte und Dörfer ohne historische Gebäude? Gebäude, die Geschichten erzählen, die typischen Eigenheiten einer Region verkörpern, Wahrzeichen sind und Menschen miteinander über Zeit und Länder hinweg miteinander verbinden?

Historische Gebäude sind unwiederbringlich – und deshalb so schützenswert. Selten waren Denkmale so bedroht wie in unserer Zeit: durch Baumaßnahmen, die tiefer eingreifen als jemals zuvor, durch wirtschaftliche Drücke, durch Sparzwänge oder zunehmend schädliche Umwelteinflüsse.

Dabei prägen Denkmale unseren Alltag wie keine andere Kunstform. Sie sind allgegenwärtig, gestalten ganz maßgeblich den öffentlichen Raum und sind eng ver-

bunden mit dem, was wir „Heimat“ nennen. Es gibt kaum einen Gang in der eigenen Stadt, keine Reise durch unser Land, die nicht von Gebäuden mit Geschichte begleitet und bereichert werden. Diese vielfältige und einzigartige Denkmallandschaft ist nicht nur ein künstlerischer Schatz, sondern auch ein historischer – und ganz persönlicher. Denn Denkmale erzählen Geschichten unserer Heimat. Sie sind Wahrzeichen eines Ortes oder verkörpern die typischen Eigenschaften einer Region. Historische Gebäude machen unsere Heimat so unverwechselbar und zu etwas ganz Besonderem. Gerade in der Adventszeit sind Denkmale ein maßgeblicher Bestandteil der wunderbaren Weihnachtsstimmung, die wir alle so genießen: Altstädte glänzen weihnachtlich geschmückt und von tausend kleinen Lichtern erhellt. Aus den Kirchen ertönt weihnachtliche Musik, und Kinderaugen leuchten beim Besuch der Weihnachtsmärkte inmitten all dieser Pracht. Ohne historische Bauwerke, die so viel mehr als nur

eine schöne Kulisse sind, sähe auch unsere Weihnachtszeit ganz anders aus. Denkmale schützen heißt, unsere kulturelle Identität zu schützen und zu bewahren. Denkmale zu schützen, bedeutet Geschichte, Geschichten und Zeitgeist an authentischen Orten der Erinnerung lebendig zu halten. Und Denkmale zu schützen, meint, die Kunstfertigkeit und kreative Kraft der Menschen respektvoll zu bewahren.

Die Deutsche Stiftung Denkmalschutz setzt sich bundesweit für den Erhalt von Denkmälern aller Arten ein. Sie ist die größte Bürgerinitiative für Denkmalschutz in Deutschland. Zu ihren Aufgaben gehört neben der Denkmalerhaltung auch, das Bewusstsein für den Gedanken des Denkmalschutzes zu bilden und zu vertiefen. Die Deutsche Stiftung Denkmalschutz ist keine öffentliche, sondern eine private Einrichtung und finanziert ihre Arbeit vor allem aus Spenden. ■

Mehr Informationen auf www.denkmalschutz.de



Sie haben das Wort ...

Ihre Meinung zu den Artikeln in Souverän interessiert uns. Bitte schreiben Sie uns:

**Senioren-Union der CDU Deutschlands
Leserbriefe
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin**

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe sinngemäß zu kürzen.

„Afrika, quo vadis? Wem hilft die Hilfe wirklich?“

Zur Souverän 2-2016, S. 24 ff.

Auch mich, als Vorsitzenden des Arbeitskreises Afrika der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, stellt die derzeitige Entwicklungspolitik in Bezug auf Afrika in keiner Weise zufrieden. Ich stimme Herrn Dr. Lütke Entrup zu, dass die bisherige Entwicklungshilfe an Afrika überholt und ein Umdenken notwendig ist. Bei meinen Reisen in die Staaten des afrikanischen Kontinents habe ich immer wieder Gelegenheit, auch deutsche Entwicklungshilfeprojekte zu besichtigen. Basierend auf meinen Erfahrungen bin ich der Meinung, dass Korrekturen am System der staatlichen Entwicklungshilfe unumgänglich sind. Und gerade jetzt, in der Flüchtlingskrise, zeigt sich ganz deutlich, dass staatlich organisierte Entwicklungszusammenarbeit allein nicht in der Lage ist, die Probleme in Afrika zu lösen. In Afrika sind jährlich 18 Mio. neue Arbeitsplätze notwendig, nur um den Bevölkerungszuwachs abzufedern. Dies zeigt die Größe der Aufgabe. Deswegen ist es aus meiner Sicht unumgänglich, die private

Wirtschaft wesentlich intensiver in die Entwicklungszusammenarbeit einzubeziehen. Hier ist ein Umdenken in der Entwicklungspolitik dringend erforderlich. Weiterhin stimme ich Herrn Dr. Lütke Entrup vollkommen zu, dass Nichtbeachtung von Vereinbarungen Sanktionen nach sich ziehen muss. Man muss in der Entwicklungshilfe von der Vorgehensweise, nur geben und nichts im Gegenzug verlangen, wegkommen. Nur wenn der afrikanische Kontinent selber Verantwortung für sich übernimmt ist eine nachhaltige Entwicklung möglich. Wir laufen Gefahr, dass Afrika durch die Finanzspritzen der Geberländer die Eigenverantwortung für seine Entwicklung gegenüber seinem Volk vernachlässigt. Es müssen strengere Rahmenbedingungen für die finanzielle Unterstützung und mehr Möglichkeiten zur Eigenbestimmung der Zukunft geschaffen werden. Unser Nachbarkontinent braucht den Angelunterricht und nicht den schon gefangenen Fisch. Ich hoffe, dass mit diesem Artikel eine breitere Diskussion über die zukünftige Art und Weise der Entwicklungszusammenarbeit angestoßen wird.

**Andreas Lämmel MdB,
Berlin/Dresden**

Achtung – doppelte Besteuerung droht Zur Souverän 3-2016, S. 12 u. S. 25

Die CDU nimmt die Unterstützung durch die Senioren-Union bei Wahlkämpfen zur Mehrheitsbeschaffung als selbstverständlich hin, doch das ist keine Einbahnstraße! Ein Drittel der Wähler ist bald über 60, in Büsum sind es sogar schon 60 Prozent, und diese Altersgruppe geht überproportional zur Urne. Im Gegenzug wäre es eigentlich eine Selbstverständlichkeit, dass die CDU als Mutterpartei sich bei dieser Konstellation mehr um die Rentner kümmert. Es gibt genug Aufgabenfelder zu beackern wie beispielsweise die Doppelbesteuerung der Altersbezüge, obgleich seit 2002 vom Bundes-

verfassungsgericht angeprangert, die Altersarmut und fehlender bezahlbarer Wohnraum. Es ist schon verwunderlich, wie ruhig diese Wählerschaft, die Wahlen entscheiden kann, bisher geblieben ist!

**Friedrich-Wilhelm Trottmann,
25761 Büsum**

„Wir brauchen eine Rückkehr zum Qualitätsjournalismus“

Zur Souverän 3-2016, Seite 24

Es ist höchste Zeit, dass eine Diskussion über den Journalismus angestoßen wird. Die Qualität der Berichterstattung in den Printmedien, aber auch in Rundfunk und Fernsehen, ist teilweise nicht zu ertragen. Insbesondere im letzten Absatz des zitierten Beitrags sind Maßnahmen und Forderungen aufgestellt, die meines Erachtens nicht zum Ziel führen.

1. Die Ausbildung der Journalisten soll verbessert werden. Ob die jetzige Ausbildung gut oder schlecht ist, kann ich nicht einschätzen. Ich muss aber darauf hinweisen, dass bei einer Verbesserung der Ausbildung, die Auswirkungen nicht sofort, sondern erst in einiger Zeit wirksam werden.
2. Die existenzielle und soziale Absicherung der Journalisten ist ein beachtenswerter Vorschlag für ihre Tätigkeit in Richtung einer unabhängigen Berichterstattung, führt aber sicherlich nicht zum Erfolg. Hier ist die Meinungsvorherrschaft der Verlage bzw. Verlagsgruppen zu beachten. Ein kritischer Beitrag, der nicht in die politische und ideologische Ausrichtung des jeweiligen Verlags passt, wird wohl kaum im entsprechenden Medium veröffentlicht. Was nützt dann die existenzielle Absicherung?
3. Bei der Berichterstattung wird mehrheitlich im Bericht eine Vermischung von Tatsachenberichterstattung und persönlichem Kommentar zum Ereignis festgestellt. Der Journalist soll natürlich seine Meinung in einem Kommentar äußern können. Die Demokratie lebt schließlich von der Meinungsvielfalt. Der Kommentar soll aber sauber getrennt von der Tatsachenberichterstattung veröffentlicht werden. Ein Leitartikel-Kommentar korrigiert diese Erscheinung sicherlich nicht und dient wohl eher als Feigenblatt. ...
4. Es wird gegenwärtig offiziell nichts unternommen, um der Konzentration (Monopolisierung) der Medien entgegenzuwirken. ...

**Dr. Karl Placht, stv. Vorsitzender
SU Leipzig**



Schulte Haus-Rollator 

- ✓ sehr schmal - passt durch jede Tür
- ✓ enorm wendig - auf der Stelle drehbar
- ✓ nützlich - Tischdecken leicht gemacht

Jetzt Prospekt anfordern!
 Telefon: **0 29 44 / 60 04**
 Internet: www.haus-rollator.de



Schulte Holzprodukte GmbH | Langenberger Str. 96 | 33397 Rietberg | NRW



Natürlich besser leben.



Mit dem **natürlich hohen Hydrogencarbonat-Gehalt von 1.846 mg/l** und einer einzigartigen Mineralisation. Fein perlend und angenehm im Geschmack wird Staatsl. Fachingen seit jeher von Menschen getrunken, die auf ihre Säure-Basen-Balance achten. Beste Voraussetzungen für unbeschwerter Lebenslust.

www.fachingen.de/hydrogencarbonat

**STAATL.
FACHINGEN**

Das Wasser. Seit 1742.



Prof. Dr. Friedrich Schneider, Jahrgang 1949, ist einer der renommiertesten Ökonomen Österreichs und spezialisiert auf die Forschungsgebiete Schwarzarbeit, Terrorismus und organisierte Kriminalität am Institut für Volkswirtschaft der Universität Linz. Seit 1.10.2006 ist er Forschungsprofessor am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin. Im Oktober 2015 erfolgte die Aufnahme als Mitglied in die Europäische Akademie der Wissenschaften und Künste. Schneider ist Autor/Herausgeber von 78 Fachbüchern.

Interview:

Was **kostet** uns der Streit um die Flüchtlinge?

Seit dem Beginn der Flüchtlingskrise debattiert Deutschland über die Kosten der Integration. Professor Friedrich Schneider, Forscher für Schwarzmarkt, Terrorismus und organisierte Kriminalität an der Universität Linz, hat sich eines anderen Aspekts angenommen: Was kosten den Steuerzahler eigentlich diese Auseinandersetzungen um die Flüchtlingspolitik?



Souverän: Herr Professor Schneider, für das ARD-Fernsehmagazin Plusminus haben Sie errechnet, dass es im Jahre 2015 in Deutschland wegen der Auseinandersetzungen um die Flüchtlingspolitik zu Mehrausgaben von rund 500 Millionen Euro kam. Im laufenden Jahr sollen die Kosten auf 800 Millionen Euro steigen. Was steckt hinter diesen Zahlen?

Prof. Schneider: Die Berechnungen enthalten die Ausgaben etwa für die Terrorismusbekämpfung im In- und Ausland, die Ausrüstung und Aufstockung der Polizei sowie Schäden unter anderem an Gebäuden, egal, ob durch islamistische, rechts- oder linksextremistische Gewalt verursacht. Berücksichtigt wurden auch die Kosten für mehr oder weniger eskalierende Demonstrationen, Gewaltausbrüche wie Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und Kosten, die eine nicht erfolgte Integration von Geflüchteten verursachen.

Sind dies nicht zwangsläufig sehr grobe Schätzungen?

Das ist richtig. Beispielsweise sind die Kosten für die personelle Aufstockung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge noch nicht enthalten. Auch für den Einsatz von privaten Wachdiensten, der ja oft im 24-Stunden-Rahmen notwendig ist, mussten wir uns mit einer Schätzung behelfen. Ich habe dazu etwa ein Drittel der Kapazitäten privater Sicherheitsfirmen angesetzt. Insgesamt stelle ich bei der Recherche zu diesem politisch ja zweifellos brisanten Thema oftmals eine große Zurückhaltung fest, entsprechende Zahlen herauszugeben.

Sie schreiben von den 500 Millionen Mehrausgaben rund 150 Millionen den ostdeutschen Ländern zu und etwa 350 Millionen den westdeutschen. Das widerspricht etwas dem medial vermittelten Eindruck, dass die größte

Probleme mit der Flüchtlingskrise im Osten auftreten ...

Tatsächlich dürften „nur“ die Polizeikosten in den ostdeutschen Ländern höher liegen als im Westen, insofern fällt die Aufteilung der gesamten Kosten möglicherweise noch etwas zu günstig für den Osten aus. Aber Sie müssen auch bedenken, dass Nordrhein-Westfalen und Bayern eine große Masse an Flüchtlingen aufgenommen haben. Dementsprechend fallen dort auch große Teile unter unseren Untersuchungsaspekten an relevanten Kosten an.

Besonders schwierig zu beziffern sind doch wohl die Kosten für eine nicht erfolgte Integration von Geflüchteten?

Wenn Menschen keine Arbeit finden und arbeitslos bleiben, verursachen sie dem Staat langfristig erhebliche Kosten, die – anders als die nicht monetarisierbaren Kosten des persönlichen Leides solcher Le-

bensläufe – durchaus quantifizierbar sind. Wie auch andere Wirtschaftsexperten, beispielsweise Professor Bernd Raffelhüschen aus Freiburg, legen wir einen Zeitraum von vier bis sechs Jahren zugrunde, der über eine erfolgreiche Integration entscheidet. Sind die Zuwanderer jung und lernwillig, werden i.d.R. nach diesem Zeitraum aus Empfängern Geber.

Wenn dies die Messlatte ist, lässt sich doch derzeit nicht seriös sagen, welche Kosten anfallen werden ...

Richtig. Die meisten sind noch nicht einmal ein Jahr hier. Es wäre nicht fair, deren Nutzen für ein Land wie Deutschland oder Österreich bereits nach so kurzer Zeit zu beurteilen. Dass alle die Integration schaffen,

ist natürlich eine Illusion. Zwei Drittel wären schon eine tolle Quote. Insofern wird es Kosten wie Nutzen gleichermaßen geben. Das zeigen uns hier in Österreich türkische Einwanderer der zweiten Generation und die Geflüchteten des Jugoslawien-Krieges Anfang der 1990-er Jahre. Sie haben einen wichtigen Beitrag zur demographischen Stabilisierung Österreichs geleistet. Und auch volkswirtschaftlich gerechnet hat Österreich aufgrund dieser Zuwanderer inzwischen einen Nettogewinn gemacht.

Noch einmal das Stichwort Kosten. Sie haben die Terrorismusbekämpfung hinzugerechnet. Wäre diese nicht auch ohne Flüchtlingskrise ein Faktor?

Genauso ist es. Dass bei einer knappen Million Zuwanderer auch Kriminelle und

Terroristen dabei sind, ist klar. Aber das Problem des Terrorismus haben wir doch aufgrund geopolitischer Auseinandersetzungen schon sehr viel länger und würden es auch ohne die Flüchtlingskrise des Jahres 2015 haben.

Was empfehlen Sie der Politik?

Es sollte ein umfassendes Konzept für die Flüchtlingspolitik geben. Da eine unter allen Mitgliedsstaaten einvernehmliche Lösung auf EU-Ebene unrealistisch ist, wäre auf nationaler Ebene das probate Mittel ein Einwanderungsgesetz. Es schafft Rechtssicherheit für die, die kommen wollen, und unterstützt die Integration derjenigen, die bereits da sind.

Herzlichen Dank für das interessante Gespräch.



Gesundheit und Vitalität:

Mikrozirkulation ist entscheidend

ANZEIGE

Arterien und Venen sind über mehr als 100 Milliarden Kapillaren von jeweils ca. 1,5 mm Länge verbunden. Aneinandergereiht ergibt das eine Länge von 150.000 km. Die roten Blutkörperchen, welche in den fünf Litern Blut eines Erwachsenen enthalten sind, ergeben aufeinandergestapelt eine Höhe von 50.000 km. Und in jeder Minute müssen sie sich, in einer Kolonne aufgeteilt, auf die ca. 100 Milliarden Kapillaren durch diese durchzwängen. Über die Kapillaren werden 75 Billionen Zellen mit Sauerstoff und Nährstoffen versorgt und die Stoffwechselprodukte entsorgt. Dieser Stoffaustausch ist eine der Grundvoraussetzungen zur Erhaltung des Lebens. Den Strömungsquerschnitt des Blutkreislaufes kann man aufteilen in ca. 11,5 % Arterien, ca. 14,5 % Venen und ca. 74 % Mikrozirkulation. Alleine von der Aufteilung des Blutkreislaufes kommt somit der Mikrozirkulation und dabei ganz besonders den Kapillaren eine vitale Bedeu-

tung zu. Der ungehinderte Stoffaustausch zwischen Kapillaren und Körperzellen ist somit der Hauptentscheidungsträger für unsere Gesundheit.

Deshalb sollte man sich unbedingt mit der Optimierung der Mikrozirkulation und deren Gesetzmäßigkeit befassen. Es gilt zunächst, für den normalen und gesunden Innendurchmesser der Kapillaren zu sorgen. Die Kapillaren haben an ihren Innenwänden Zellen, die wie „Schwellkörper“ wirken. Diese schwellen an aus Protest gegen zahlreiches Fehlverhalten, wie ungesunde Nahrung, Nikotin, Alkoholmissbrauch, ebenso Viren, Parasiten und Pilze, Traurigkeit, Konfliktschock, Scheidung, Verlust des Ehepartners oder eines Kindes, hohe Schulden, Mobbing, bestimmte Chemikalien, um nur die Wichtigsten zu nennen. Das Anschwellen dieser Zellen an den Innenwänden verursacht eine Verengung der Kapillaren, wodurch der Stoffwechsel zusammenbricht.

Zusätzlich gilt es noch, für eine sehr gute Fließeigenschaft in den Kapillaren zu sorgen, sowie auch für den artgerechten pH-Wert von 6,8 – 7,0, gemessen vom morgendlichen Speichel und Urin, damit die roten Blutkörperchen sich elastisch verformen können und um einer Azidosestarre vorzubeugen. Gleichzeitig muss auch für einen Siliziumgehalt von 5 g gesorgt werden, um das Zusammenfallen der hauchdünnen Kapillarenwände zu vermeiden.

Das Bundesgesundheitsministerium wünschte dem Buch „Kapillaren bestimmen unser Schicksal“, in dem alle Vorschläge zur Optimierung der Mikrozirkulation beschrieben sind, viel Erfolg und schrieb: „... sich stets über neue Entwicklungen in der Medizin zu informieren. Dies gilt umso mehr, wenn es dabei nicht nur um die Verbesserung der medizinischen Versorgung, sondern auch um die Erschließung von Wirtschaftlichkeitsreserven im Gesundheitswesen geht.“ Michael Peuser

Michael Peuser - Neue Wege der Medizin - <http://peuser.4szg.org/>

--	--	--	--	--

Senioren in Schweden:

Die **Qualität** der Betreuung hängt stark von den Kommunen ab



Berit Jonsson, 84, lebt seit über 40 Jahren in ihrem Viertel.

Der schwedische Staat hält nicht viel von der Heimaufbewahrung von älteren Menschen. Vor vielen Jahren schon sind Städte und Gemeinden dazu übergegangen, ihren Senioren so lange wie möglich das Leben in ihren eigenen vier Wänden zu ermöglichen. Wo Krankheit, körperliche Funktionseinschränkungen oder altersbedingte Schwächen dem entgegenstehen, springen die kommunalen Sozialdienste ein. In den letzten Jahren sind Zehntausende neuer Jobs entstanden.

Berit Jonsson ist 84 Jahre alt, körperlich nicht mehr ganz so beweglich wie früher, aber geistig voll auf der Höhe. Sie lebt in einer modernen, etwa 75 Quadratmeter großen Wohnung in einem Mehrfamilienhaus in der südschwedischen Kleinstadt Värnamo. „Jag klarar mig“ – „Ich komme zurecht“, sagt sie und denkt nicht im Traum an den Umzug in ein Altersheim. Abgesehen von ihrer Weigerung wäre ohnehin kein Platz frei. Die Warteschlange ist lang. Im Januar ist ihr Mann gestorben. „Gunnar wäre nie, nie, nie in ein Heim gegangen“, sagt Berit.

Obwohl er an schwerer Altersdiabetes gelitten und sich hin und wieder im Schlaf-

anzug in die Stadt aufgemacht hatte, sahen weder das Paar noch die beiden erwachsenen Kinder einen Grund für Veränderung. In den vergangenen Jahren war der Pflegedienst zwei- bis dreimal täglich ins Haus gekommen, hatte nach dem Rechten geschaut, Insulin verabreicht und das Mittagessen vorbeigebracht. Weil Berit keine Lust hat, für sich allein zu kochen, kommt jetzt nur noch das Mittagessen. Wenn sie sich nicht wohl fühlt und Hilfe braucht, ruft sie eine Betreuerin ihres zuständigen Pflgeteams an. Für deren Einsätze und das Mittagessen bekommt die alte Dame jeden Monat eine Rechnung von der Stadt Värnamo. Die Grenze für die Selbstbeteiligung liegt bei 300 Euro. Im Juli musste Jonsson 180 Euro bezahlen. „Das ist nicht teuer“, lobt die alte Dame. Sie hat fast ihr ganzes Leben lang in einer Fabrik gearbeitet und bezieht knapp 1800 Euro Rente. Die Miete für die Sozialwohnung schlägt mit einem Viertel zu Buche. „In unserer Stadt ist das gut geregelt“, sagt Berit Jonsson zufrieden. „Anderswo“, weiß sie von Freunden und Bekannten, „hat man es nicht so gut.“

Bestätigt wird das im aktuellen Vergleichsbericht der schwedischen Kommunen („Öppna jämförelser av vården och omsorgen om äldre 2015“). Im Durchschnitt ist noch nicht mal jeder zweite ambulant betreute alte Mensch mit der Erreichbarkeit seines Pflegepersonals zufrieden (45 Prozent). Die Zufriedenheitswerte in den Städten und Gemeinden reichen von 26 bis 76 Prozent. Etwas höher, nämlich bei landesweit 52 Prozent, liegt die Zustimmung für die Betreuung in speziellen Altenwohnungen. Doch auch hier spannt

sich das Spektrum von 28 bis 80 Prozent. Auch in Schweden nimmt der Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung zu. Der Reichstag in Stockholm erlässt zwar die Gesetze, und der Steuerstaat finanziert den größten Teil der Pflegeleistungen, aber dem Subsidiaritätsprinzip folgend, kümmern sich vorrangig die 289 Kommunen um alleinstehende kranke oder anderweitig hilfsbedürftige Senioren. Auch das Königreich im Norden hat lange Zeit auf die zentrale Unterbringung in Pflege- und Altenheimen gesetzt. Den Erkenntnissen der modernen Sozialpsychologie folgend, ist dieses Konzept jedoch seit Beginn der 2000er Jahre vom Tisch. Heute will man, dass die Alten so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden wohnen bleiben. Betreut wird ambulant und stationär, immer aber nach dem individuellen Bedarf – wenngleich sich das als steigender Kostenblock in den Haushalten von Städten und Gemeinden niederschlägt. Der Gesellschaft, darin sind sich Politiker und Verwaltungsleiter einig, muss es das wert sein. 2014 haben die Kommunen insgesamt rund 9,2 Milliarden Euro für Altenversorgung ausgegeben. Zur Steuerung der Nachfrage können Städte und Gemeinden innerhalb eines Rahmens nach eigenem Ermessen Selbstbeteiligungen erheben. Das müssen sie auch, denn ab 2020 sollen die Betreuungskosten Prognosen zufolge explodieren – auf mehr als das Sechsfache des jetzigen Betrages.

Die kommunalen Leistungen werden fast ausschließlich als Sachleistungen gewährt. Die schwedische Sozialversicherung ge-

Gesunde Hochbetagte brauchen weniger Pflege

17,3 Prozent der rund 9,3 Millionen Schweden sind Rentner. Das Land gibt etwa **3,1 Prozent** seines Bruttoinlandsprodukts für die Altenfürsorge aus. Gemäß der Statistik des Europarates gehört Schweden zu den Ländern mit dem größten Anteil von über 65-Jährigen an der Bevölkerung.

Auch in der Gruppe der Über-80-Jährigen ist der Anteil unter den EU-Ländern mit **5,3 Prozent** am höchsten. 2005 erhielten gut **245000** ältere Menschen entweder eine häusliche Pflege, oder sie wohnten in einem Alters- oder Pflegeheim. Die Anzahl der Pflegebedürftigen hat zwischen 1980

und 2005 um ungefähr **40 Prozent** abgenommen. Eine Erklärung hierfür ist die Tatsache, dass sich ein immer größerer Anteil der Älteren einer guten Gesundheit erfreut. Insbesondere bei den allerältesten Personen **über 80 Jahre** hat der Pflegebedarf seit den 1980er Jahren abgenommen.



währt darüber hinaus auch Geldleistungen. In den Genuss von Behindertenzuschlägen und Zuschüssen für persönliche Assistenten kommen auch Bürger unter 65 Jahren. „Die teuerste Leistung ist der Assistentenzuschuss“, erklärt Frank Wild, Leiter des Wissenschaftlichen Instituts der PKW in Köln. „Mit dieser Geldleistung kann der Bedürftige eine oder mehrere Betreuungspersonen seiner Wahl entlohnen.“ Entscheidet er sich für ein Familienmitglied, dann stellt die Kommune in der Regel diese Person für ihn ein. „Damit werden der Beschäftigungsgrad im Allgemeinen und die Höhe der Frauenerwerbsquote und der Angestellten im öffentlichen Dienst im Speziellen erhöht“, sagt Wild.

Statt in Beton und Betten für Altersheime investieren die Kommunen großzügig in „persönliche Assistenten“ für die häusliche Pflege. Eine sechswöchige Ausbildung soll genügen, anschließend werden die Novizen unter die Anleitung einer erfahrenen Kraft gestellt. In Großstädten und Flächenkommunen sind die Pflegedienste in Teams nach Straßenzügen und Ortsteilen organisiert. Auf diese Weise sollen zwar nur persönlich bekannte Betreuer ins Haus kommen, aber oft springen Praktikanten ein. Es sind nicht nur städtische Angestellte, sondern vermehrt Mitarbeiter von privaten Pflegediensten, die den Job für weniger Geld machen. Auf Antrag können auch Angehörige die Betreuung übernehmen. Sie werden dafür von den Gemeinden bezahlt. Anträge auf den Pflegezuschuss für Familienangehörige werden aber, so die staatliche Sozialbehörde in Stockholm, nur selten gestellt. Der über-

wiegende Teil der privaten Hilfe werde im Stillen und ohne Belastung der öffentlichen Kassen von den Verwandten erbracht. Natürlich gibt es auch in Schweden altengerecht gestaltete Seniorenwohnungen sowie Alters- und Pflegeheime. Da die Plätze jedoch sehr knapp und teuer sind, unternehmen die kommunalen Sozialdienste alles, um die Bürger in ihren Wohnungen versorgen zu können. Die ambulante Versorgung zu Hause („hemtjänst“) ist die Regel, die Heimunterbringung für den äußersten Notfall reserviert. Ob der oder die Hilfsbedürftige dabei in einer Wohnung in der Stadt oder in einem Haus weit außerhalb auf dem Land wohnt, spielt keine Rolle. Wenn es sein muss, kommen die Pflegemitarbeiter mit dem Auto bis zu fünfmal täglich vorbei, bringen Essen vorbei, setzen Spritzen, nehmen Reinigungsarbeiten vor und sorgen dafür, dass Kranke pünktlich ihre Medikamente einnehmen. Das klingt ideal, birgt aber auch Nachteile. Während die meisten Senioren die häusliche Versorgung schätzen, würden andere, die keine Verwandten haben oder deren Kinder weit entfernt wohnen, lieber in Gesellschaft leben. „Wir sind uns der Gefahr der Vereinsamung älterer Menschen immer bewusst“, sagt Elin Johansson vom Sozialdienst in Göteborg. Das dritte und für viele attraktivste Angebot neben der Betreuung im eigenen Zuhause und im Heim sind speziell ausgestattete Seniorenwohnungen. Die Wartelisten sind allerdings sehr lang. Was Berit Jonsson aus Värnamo allerdings völlig egal ist. Sie lebt seit mehr als 40 Jahren in ihrem Stadtviertel und denkt gar nicht daran, ihre Selbstständigkeit aufzugeben. ■

Christine Demmer

Pflege:

Vergesst die **Angehörigen** nicht!

Die Diskussion um die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung hatte vor allem den Zugang dementiell erkrankter Menschen zu ihren Leistungen im Fokus. Es darf aber nicht vernachlässigt werden, dass die Angehörigen oder andere ehrenamtlich Engagierte immer mehr Unterstützung brauchen.



Gegenüber der ursprünglichen Fassung haben sich im Bereich der Pflegeversicherungen nicht zuletzt durch das in drei Stufen eingeführte Pflegestärkungsgesetz (siehe Kasten) nennenswerte Veränderungen ergeben. Zum einen werden jetzt auch Menschen mit einer dementiellen Erkrankung zu vollumfänglichen Leistungsberechtigten. Zum anderen wird die Unterstützung der Angehörigen und des sozialen Umfeldes verbessert.

Ausschlaggebend für die Leistungen aus der Pflegeversicherung ist künftig der Grad der Selbstständigkeit. Dabei ist es unerheblich, ob diese Selbstständigkeit durch körperliche, geistige oder psychische Beeinträchtigungen bestimmt wird. Die Pflegebedürftigkeit wird erhoben innerhalb der Module Mobilität, kognitive und kommunikative Fähigkeit, Selbstversorgung, Umgang mit krankheits- und therapiebeding-

ten Anforderungen sowie Gestaltung des Alltagslebens und soziale Kontakte.

Was die bessere Unterstützung der Angehörigen betrifft, hat die Freie Wohlfahrtspflege schon früh erhebliche Anstrengungen unternommen, unmittelbare Dienstleistungen zu etablieren. Hier sind vor allem die *Fachstellen für pflegende Angehörige und die niedrigschwelligen Betreuungs- und Entlastungsangebote* zu nennen.

Fachstellen für pflegende Angehörige

Die Bereitschaft, Angehörige zu Hause zu pflegen und zu betreuen, ist nach wie vor stark ausgeprägt. Allerdings ist ganz nüchtern festzuhalten, dass diese Leistung auch zu einer Belastung werden kann. Dies gilt umso mehr, wenn man bedenkt, dass viele pflegende Angehörige selbst im fortgeschrittenen Alter sind. Die Würdigung und Wertschätzung pflegender Angehöriger müssen sich deshalb ganz konkret in entsprechenden Unterstützungsleistungen niederschlagen. Hier spielen die Fachstellen für pflegende Angehörige eine wichtige Rolle. Ihre Aufgabe ist es, einen Beitrag zur Erhaltung der Gesundheit und der seelischen Stabilität pflegender Angehöriger zu leisten. Sie bieten fachliche Beratung über Hilfe- und Entlastungsangebote und geben Auskunft über gesetzliche Regelungen und Fragen der Finanzierung. In Bayern beispielsweise gibt das Staatsministerium für

Gesundheit und Pflege Auskunft über die Standorte der Fachstellen (www.stmgp.bayern.de/pflege/pflege_zu_hause/hilfen_angehoerige/index.htm), in NRW die Landesstelle Pflegende Angehörige (www.lpfa-nrw.de/startseite.html). Im Rahmen des Förderprogrammes „Bayerisches Netzwerk Pflege“ unterstützt das Land Bayern die Fachstellen mit einem jährlichen Betrag von rund 1,3 Mio. Euro.

Pflegebedürftige, die zu Hause gepflegt werden, haben Anspruch auf einen Entlastungsbetrag in Höhe von 125 Euro ab dem Pflegegrad 1. Dieser Entlastungsbetrag ist bei der Pflegekasse zu beantragen. Er kann eingesetzt werden für Leistungen der Tages- und Nachtpflege, Leistungen der Kurzzeitpflege und Leistungen von zugelassenen Pflegediensten in den Bereichen Betreuung und Haushaltsführung. Ebenso kann der Betrag verwendet werden für alle Angebote zur Unterstützung im Alltag im Sinne des § 45a SGB XI. Sie sind u.a. ausgerichtet auf Menschen mit Demenzerkrankung, mit psychischen Erkrankungen und geistigen Behinderungen, wenn ein erheblicher allgemeiner Betreuungsaufwand gegeben ist. Unter pflegefachlicher Anleitung übernehmen Helferinnen und Helfer die Betreuung der Pflegebedürftigen zu Hause oder in Gruppen. Bereits im Jahr 2010 hat dazu die Freie Wohlfahrtspflege in Bayern die „Agentur



Der Autor: **Bernhard Piendl** ist Prälat und Landes-Caritasdirektor des Deutschen Caritasverbandes, Landesverband Bayern e.V., München.

zum Auf- und Ausbau niedrigschwelliger Betreuungsangebote“ eingerichtet.

Unter den Begriff der niedrigschwelligen Betreuungs- und Entlastungsangebote fallen vor allem ehrenamtliche Helferkreise, Betreuungsgruppen und Angehörigen-Gruppen.

Ehrenamtliche Helferkreise

Geschulte Ehrenamtliche übernehmen die Betreuung der pflege- oder betreuungsbedürftigen Personen in deren häuslichem Umfeld. So können die Angehörigen für eine gewisse Zeit bestimmten Aufgaben nachgehen oder auch Zeit für sich selber haben, ohne Angst haben zu müssen, jemanden zu vernachlässigen. Diese ehrenamtlichen Helfer durchlaufen eine Schulung in einem Umfang von 40 Stunden im Bereich der Demenz. Sie werden nur unter Anleitung von Fachkräften tätig und treffen sich regelmäßig zum fachlichen Austausch mit gerontopsychiatrischen Fachkräften oder Sozialpädagogen.

Betreuungsgruppen

Betreuungsgruppen bieten pflege- und betreuungsbedürftigen Personen Kontaktmöglichkeiten außerhalb der eigenen vier Wände. Sie werden meist wöchentlich oder 14-tägig gegen einen geringen Kostenbeitrag angeboten. Interessen und Fähigkeiten können geweckt werden, die durch die Erkrankung meist schon deutlich beeinträchtigt sind.

Die Gruppen pflegen Gemeinschaft, orientieren sich an den Biographien und Ressourcen der Betroffenen und werden durch Fachkräfte geleitet, denen geschulte ehrenamtliche Helferinnen und Helfer zur Seite stehen.

Beratung

So wichtig die oben genannten Entlastungsangebote auch sind: Es muss immer berücksichtigt werden, dass die Hauptlast bei den pflegenden Angehörigen bleibt. Diese ist oft begleitet von der Erfahrung von Hilflosigkeit, Angst, Isolation oder auch Scham. Deshalb ist eine qualifizierte Beratung von zentraler Bedeutung. Sie muss die genannten Erfahrungen erkennen, ernst nehmen und zu ihrer Bewältigung beitragen. Es geht in der Beratung darum, die betroffenen Personen und vor allem die Angehörigen darin zu unterstützen, die eigene Situation zu verstehen, Lösungen zu entwickeln, miteinander in regelmäßigen Abständen die Entwicklung in den Blick zu nehmen und kontinuierlich

zu begleiten. Unabdingbar ist dabei, Vertrauen herzustellen und aufzubauen. Nur so kann es gelingen, Belastungsspitzen zu vermeiden und damit einen wichtigen Beitrag zu leisten, dass Angehörige die Pflege möglichst lange selber übernehmen und dabei selber gesund bleiben können.

Beratung ist an mehreren Stellen gesetzlich verankert. Nach § 37 Abs. 3 SGB XI ist ein Beratungsbesuch für Pflegebedürftige, die ausschließlich Pflegegeld beziehen, verpflichtend. Pflegebedürftige mit dem Pflegegrad I und Pflegebedürftige mit Pflegesachleistungen können einen Beratungsbesuch in Anspruch nehmen. Er wird durch eine zugelassene Pflegeeinrichtung oder eine anerkannte Beratungsstelle durchgeführt. Dieser Beratungsbesuch will die Qualität der Pflege zu Hause sichern und den häuslich Pflegenden vor allem praktische pflegfachliche Unterstützung geben. Oft stellt sich heraus, dass viele individuelle Fragestellungen geklärt und Möglichkeiten der Entlastung vermittelt werden können. Nicht selten ergibt sich daraus, dass eine weitere umfangreiche Schulung im häuslichen Umfeld sinnvoll und notwendig ist.

Dieser Anspruch auf Schulung im häuslichen Umfeld ist in § 45 SGB XI gesetzlich verankert. Die Schulung wird durch eine Pflegefachkraft erbracht und umfasst in der Regel einen zeitlichen Umfang von bis zu 120 Minuten und kann bei Bedarf auch wiederholt durchgeführt werden, vor allem, wenn sich die Pflegesituation bzw. die Erkrankung verändert. Eine sinnvolle und notwendige Ergänzung sind allgemeine und spezielle Pflegekurse für Pflegepersonen oder pflegende Angehörige, wie zum Beispiel Pflegekurse für Angehörige von Menschen, die an einer Demenz erkrankt sind.

Schließlich ist in § 7 a SGB XI der Anspruch auf Pflegeberatung geregelt. Er umfasst alle Fragestellungen, die im Zusammenhang mit einem Pflegebedarf gegeben sind. Diese Beratung wird entweder durch die Kasse selber oder in deren Auftrag durch eine sonstige Beratungsstelle erbracht

Die in der modernen Gesellschaft geforderte Mobilität sowie die seit Jahrzehnten anhaltend niedrige Geburtenrate führen dazu, dass den Menschen mit Pflege- und Betreuungsaufwand immer weniger Angehörige gegenüberstehen. Angehörige und sonstige Nahestehende sowie Ehrenamtliche stehen nicht unbegrenzt zur Verfügung und dürfen auch nicht über Gebühr

Stichwort Pflegestärkungsgesetz

Das Zweite Pflegestärkungsgesetz (PSG II) ist am 1. Januar 2016 in Kraft getreten. Das neue Begutachtungsverfahren und die Umstellung von Pflegestufe auf Pflegegrad sollen zum 1. Januar 2017 wirksam werden. Damit erhalten erstmals alle Pflegebedürftigen gleichberechtigten Zugang zu den Leistungen der Pflegeversicherung, unabhängig davon, ob sie von körperlichen oder psychischen Einschränkungen betroffen sind. Das Jahr 2016 dient der Vorbereitung des neuen Begutachtungsverfahrens in der Praxis und der Umstellung auf die fünf Pflegegrade sowie die neuen Leistungsbeträge bis zum 01.01.2017. Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe kommentierte: „20 Jahre nach ihrer Einführung stellen wir die Soziale Pflegeversicherung jetzt auf eine neue Grundlage. Das ist ein Meilenstein für die Pflegebedürftigen und alle, die in unserem Land tagtäglich ihr Bestes geben, um für Pflegebedürftige da zu sein.“

strapaziert werden. Angehörige brauchen Wertschätzung, Begleitung, Entlastung und Unterstützung. Das beginnt mit einer guten Beratung. Es ist deshalb positiv zu vermerken, dass durch die gesetzlichen Entwicklungen der Bereich der Beratung gestärkt worden ist. ■



Elbe

**Schöner, ruhiger,
günstiger wohnen**

Seniorenwohnungen „Bellevue“
Im Kurgebiet **Hitzacker (Elbe)**
Von Privat zu vermieten
2 Zi., 55 m², ab 199,- + NK mtl.
V: 82,6 kWh, E., Bj 1991
Neubau, Fahrstuhl, Balkon, Garage.

Betreuung möglich, gegenüber im
Alten- u. Pflegeheim „Bellevue“
Gratisprospekte: Tel. 05862- 97550
www.peter-schneeberg.de

Professor-Wohltmann-Straße

Altersmedizin:

Lebensalter und biologisches Alter nicht mehr **im Einklang**



Ein Interview mit Professor Cornelius Bollheimer, Inhaber des Lehrstuhls für Altersmedizin, Herzstück des seit Sommer in Aachen im Aufbau befindlichen interdisziplinären Zentrums für Altersmedizin.

Souverän: Altersmedizin ist eine relativ junge Wissenschaft. Was versteht man eigentlich darunter?

Prof. Hollheimer: Die Altersmedizin – auch Geriatrie genannt – ist das zuständige medizinische Fachgebiet für Alterungsprozesse sowie für die Vorsorge, Behandlung und Rehabilitation von Mehrfacherkrankungen bei Menschen ab 70 Jahren. Der Behandlungsansatz der Altersmedizin ist dabei funktionsorientiert und geht über die einzelnen Erkrankungen hinaus. Ziel sind die Verbesserung von Lebensqualität und die Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit der Über-70-Jährigen..

Wo beginnt eigentlich Altersmedizin? Ab welchem Alter?

Die Altersheilkunde wird häufig als Pendant zur Kinderheilkunde betrachtet – die eine am Anfang, die andere am Ende des Lebensbogens. In der Kinderheilkunde ist das genaue Lebensalter wichtig, um die körperliche und geistige Entwicklung einschätzen zu können. Darauf basieren die regelmäßigen U-Untersuchungen, die von der Geburt bis mindestens zum Schuleintritt vom Kinderarzt engmaschig durchgeführt werden. Demgegenüber ist im Alter von 70 Jahren oder mehr das Lebensalter allein zu ungenau, um hieraus das entsprechende biologische Alter zu definieren. Das Lebensalter und das biologische Alter gehen nicht mehr im Einklang, sondern unterliegen einer großen interindividuellen Streuung. Vereinfacht heißt das, dass bei einem 70-Jährigen das biologische dem kalendarischen Alter entweder 20 Jahre vorausgehen kann oder aber auch 20 Jahre zurückbleibt. So kennen

Sie die fitte 90-Jährige, die aussieht wie eine 80-Jährige und auch ihr Leben nach wie vor selbstständig gestalten kann. Sie kennen aber auch den erst 75-jährigen betreuten Bewohner eines Pflegeheims, dem ein eigenständiges Leben nie mehr möglich sein wird.

Für die Altersmedizin ist also nicht so sehr das kalendarische Lebensalter „70plus“, sondern vielmehr das biologische Alter ausschlaggebend. Das wird vom Altersmediziner anhand verschiedener Untersuchungen sowohl zu körperlicher als auch zu geistiger Fitness präzisiert.

Welche Krankheiten bzw. Krankheitskombinationen finden die größte Aufmerksamkeit in der Altersmedizin?

Ältere Patienten kommen ins Krankenhaus z. B. wegen einer Lungenentzündung, eines

entgleisten Bluthochdrucks oder Diabetes, einer zunehmenden Herzschwäche bei Herzkranzgefäßerkrankung oder Herzrhythmusstörungen oder auch wegen eines Bewusstseinsverlusts, eines Schlaganfalls oder wegen eines Knochenbruchs nach Sturz und Osteoporose. Dieser akute Aufnahmegrund darf im Alter jedoch nicht isoliert betrachtet werden. Nach der ggf. notwendigen fachspezifischen Erstbehandlung z. B. des Herzinfarkts durch den Kardiologen oder des Knochenbruchs durch den Chirurgen muss der Aufnahmegrund im Kontext bereits bestehender, zusätzlicher Erkrankungen und Fähigkeitsstörungen gewertet werden. Hiermit beschäftigt sich dann der Altersmediziner: Die Berücksichtigung von Mehrfacherkrankungen mit Mehrfachmedikation unter Einbezug sowohl der seelischen als auch der sozialen Gesundheit machen das geriatricspezifische Behandlungskonzept aus. In diesem Zusammenhang werden selbstverständlich auch den Alltag beeinträchtigende Tabuthemen des Alters, wie Demenz, Depression, Vereinsamung oder Inkontinenz, adressiert und entsprechend in den Behandlungsplan integriert. Ziel der Altersmedizin ist es also, die zur Krankenhausaufnahme führende Erkrankung in einen umfassenderen Behandlungsplan einzuordnen und dabei die selbstständige Lebensführung sowie die Lebensqualität des Betroffenen zu erhalten oder zu verbessern. Für dieses Ziel reicht in der Altersmedizin der Arzt alleine nicht aus. Die Behandlungskonzepte werden vielmehr von einem interdisziplinären Team mit Pflege, Ergotherapeuten, Physiotherapeuten, Psychologen, Logopäden, Sozialarbeitern und Ernährungsberatern gemeinsam erarbeitet und umgesetzt.

Das universitäre Zentrum für Altersmedizin in Aachen besteht seit die-



Prof. Cornelius Bollheimer leitet in Personalunion cheffärztlich die Klinik für Allgemeine Innere Medizin und Geriatrie am Franziskushospital Aachen und übernimmt das Direktorat des universitären Zentrums für Altersmedizin.



sem Sommer. Was hat Sie speziell gereizt, die Professur in Erlangen aufzugeben und den neu eingerichteten Lehrstuhl zu übernehmen?

Ich verstehe mich als Arzt und Universitätsprofessor und möchte deshalb mein Fach bestmöglich in Forschung, Lehre und Krankenversorgung vertreten. An der RWTH Aachen fand ich dazu die passenden Voraussetzungen. So werden hier insbesondere das Potenzial und die Zusammenarbeit im Technologiebereich einzigartig – sei es mit den anderen Kliniken am Uniklinikum Aachen im Bereich der Telemedizin oder mit renommierten medizintechnischen Instituten der RWTH zur Verbesserung der Sturzdiagnostik oder zur Entwicklung stressfreier Überwachung von Vitalparametern im Krankenhaus. Hinzu kommt, dass Aachen einer der drei altersmedizinischen Lehrstühle in Deutschland ist, dessen medizintechnische Forschung zusätzlich von der Robert-Bosch-Stiftung mit 1,25 Millionen Euro gefördert wird. Schließlich war für mich auch die in Aachen gegebene Möglichkeit der Fortsetzung meiner molekularen Forschung auf dem Gebiet des altersbedingten Muskelverlusts wichtig.

Welche Schwerpunkte werden Sie in Aachen setzen?

Ganz klar ist, dass im ersten Jahr die Krankenversorgung im Vordergrund steht. Der Aufbau einer Klinik für Innere Medizin und Geriatrie mit universitätsmedizinischem Qualitätsanspruch in der Krankenversorgung ist die Basis. Dass die dem Lehrstuhl zugeordnete Klinik am etwa drei Kilometer von der eigentlichen Uniklinik entfernten Franziskushospital angesiedelt ist, sehe ich dabei als Vorteil. Das Franziskushospital erscheint nämlich als idealer Ausgangspunkt durch die Kombination geistiger Werte, verbunden mit den Kompetenzen einer Uni-

versitätsmedizin und einem christlichem Krankenhaus: So können innovative, patientenahmifühlende und ganzheitliche Konzepte der Altersmedizin entwickelt werden.

Wissenschaftlicher Schwerpunkt des Lehrstuhls wird das geriatrische Syndrom der Immobilität bei altersbedingtem Muskelverlust – der sog. Sarkopenie – sein. Diese Thematik möchte ich sowohl medizintechnologisch mit u. a. der Einrichtung eines sogenannten Bewegungslabors im Franziskushospital als auch epidemiologisch mit u. a. einer versorgungswissenschaftlichen Erhebung immobilitätsbegünstigender Faktoren als auch laborwissenschaftlich mit u. a. der Suche nach zugrundeliegenden molekularen Mechanismen vertiefen.

Neben der Forschung ist mir aber auch die Hochschullehre wichtig: Schließlich habe ich als Hochschullehrer das Ziel, Medizinstudenten durch gute Lehre bereits im Studium für die Altersmedizin zu begeistern.

Welche Rolle werden interdisziplinäre Ansätze spielen?

Ähnlich wie in der hausärztlichen und Allgemeinmedizin ist für die Altersmedizin nicht ausschließlich das medizinische Tiefen-, sondern eher das Breitenwissen von praktischer Relevanz. Nahezu täglich erfolgt deshalb der interdisziplinäre Austausch mit beispielsweise den Notfallmedizinern, den Herzspezialisten, den Neurologen, Psychiatern, den Unfallchirurgen sowie den Schmerz- und Palliativmedizinern. Natürlich holt der Altersmediziner bei den Fachkollegen nicht nur spezifischen Rat ein, sondern berät auch, wie z. B. diese oder jene Therapie im jeweiligen Fachgebiet vor dem Hintergrund der Geriatrie zu werten ist. Diese bereits schon jetzt gelebte beidseitige Interdisziplinarität mündet in Aachen in den Aufbau eines Zentrums für Altersme-

dizin, das als universitätsmedizinische Organisationseinheit ein weiteres mittelfristiges Ziel ist. Wie schon betont, ist es das oberste Ziel der Altersmedizin, die selbstständige Lebensführung sowie die Lebensqualität der Betroffenen zu erhalten und den funktionellen Status eines Patienten zu optimieren.

Aufgrund der demographischen Entwicklung ist lange bekannt, dass wir in den westlichen Industriestaaten einen stetig steigenden Anteil älterer Menschen haben werden. Wieso kümmert man sich erst jetzt um Altersmedizin?

Das ist eine gute Frage. In Deutschland sind wir hier im Vergleich zu Italien, Großbritannien oder den nordeuropäischen Staaten deutlich im Hintertreffen. Gründe für diese bisherige Gleichgültigkeit könnten sozialgeschichtlicher Art sein. Bis in die 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts war noch der Eintritt in das Rentenalter, der damals bei 65 Jahren lag, der Meilenstein für das Alter, wobei hier statistisch schon über 80 Prozent der Lebenszeit abgelaufen waren. Im Alter auftretende Erkrankungen wurden eher fatalistisch gesehen, im Mehrgenerationenhaushalt kompensiert oder auch despektierlich verkannt – denken Sie beispielsweise an den Begriff „Verkalkung“ für demenzielle Entwicklungen. Heute beginnt dagegen mit Austritt aus dem Erwerbsleben häufig eine Entwicklungsphase der Selbstverwirklichung und der persönlichen Erfüllung, die von einigen Wissenschaftlern als eine dritte Lebensphase vor der dann eigentlichen Phase des Alterns gesehen wird. Selbst mit Erreichen eines Alters von 80 Jahren, also dem Beginn der sogenannten vierten Lebensphase, verbleiben als fernere Lebenserwartung noch etwa neun Jahre, die im Gegensatz zu früher zunehmend im Single-Haushalt verbracht werden. Genau für diese Lebenszeit ist nicht nur zum Zwecke des persönlichen Wohlergehens, sondern auch aus sozialökonomischen Erwägungen heraus ein möglichst eigenständiges Leben ohne hohen zusätzlichen Hilfsbedarf im höheren Lebensalter erstrebenswert. Genau hier stellen sich jetzt die drängendsten Aufgaben der Altersmedizin mit u. a. der Entwicklung neuer Versorgungsformen.

Ich denke, diese hohe gesellschaftspolitische Herausforderung, in welcher die Stärkung der Altersmedizin nur eine Maßnahme von vielen darstellen kann, ist zwischenzeitlich angekommen. ■

AUS DER SENIOREN-UNION

Landesdelegiertentag Sachsen-Anhalt: Landesvorsitzender bestätigt

Am 7. September 2016 fand die 14. Landesdelegiertenkonferenz der Senioren-Union (SU) Sachsen-Anhalt (LSA) in der historischen Hansestadt Stendal (Altmark) statt. Daran nahmen 42 Delegierte aus den 14 Kreisverbänden und mehr als 20 Gäste teil. In ihren Referaten befassten sich die Hauptredner Prof. Dr. Otto Wulff, Bundesvorsitzender der Senioren-Union, und Thomas Webel, Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Sachsen-Anhalt, mit der Inneren Sicherheit, der Asylproblematik, der Renten- und Europapolitik und der nach der

Landtagswahl unter CDU-Führung gebildeten sog. „Kenia“-Koalition. Zum Landesvorsitzenden wurde einstimmig Prof. Dr. Wolfgang Merbach für weitere zwei Jahre wiedergewählt. Dem Landesvorstand gehören weiter an: Hubert Gabrysch (Halle), Jörg Hasenheyer (Quedlinburg) und Waldemar Schreiber (Garlipp, Kreis Stendal) als stellv. Landesvorsitzende, Günther Zahn (Westerhausen bei Thale) als Schatzmeister sowie 9 Beisitzer, unter denen sich auch der ehemalige Ministerpräsident und heutige MdB Dr. Christoph Bergner befindet.



Der Landesvorsitzende behandelte in seinem Bericht u. a. folgende Themenfelder: Teilhabe der älteren Generation an politischen Entscheidungen und in Entscheidungsträgern, Altersgerechtigkeit, Europapolitik nach dem Brexit, Landtagswahlergebnis und Koalitionsbildung in Sachsen-Anhalt, Rentenpolitik sowie Asylproblematik. Er zog eine positive Bilanz der geleisteten Arbeit der Senioren-Union sowohl auf der Kreis- und Landesebene als auch darüber hinaus (SU-Bundesvorstand, Bundesausschüsse, Dreiländertreffen der SU in Friedrichshafen, Salzburg und Nürnberg) und würdigte die enge Kooperation mit den benachbarten Landesverbänden, insbesondere Niedersachsen. Insgesamt habe das politische Gewicht der SU in Sachsen-Anhalt zugenommen. Als vordringliche Aufgaben in der neuen Wahlperiode wurden u. a. die Mitgliedergewinnung (auch im Kreis der Funktionsträger) und die Vertiefung der Einflussnahme der SU auf die Landespolitik der CDU genannt. ■

Jubiläumsveranstaltung: 25 Jahre Senioren-Union Leipzig

Am 29. August 1991 wurde in Leipzig der Ortsverband der Senioren-Union gegründet. Die erste Vorsitzende wurde Frau Ulke-Breitkopf. Die Gründung wurde maßgeblich von Dr. Bernhard Worms gefördert. Inzwischen sind 25 Jahre vergangen. Nach dem Ableben von Frau Ulke-Breitkopf wurde Konrad Riedel zum Vorsitzenden der Senioren-Union in Leipzig gewählt.

Aus Anlass des 25-jährigen Jubiläums der Gründung fand am 29. August 2016 eine Festveranstaltung statt. Ca. 50 Mitglieder und Freunde der Senioren-Union nahmen an der Jubiläumsveranstaltung teil. Ebenso waren zahlreiche Leipziger Mandatsträger

und weitere Gäste anwesend. An dieser Festveranstaltung konnten noch drei Gründungsmitglieder teilnehmen. Diese wurden für ihre lange Mitgliedschaft und ihre aktive Beteiligung entsprechend geehrt. Nach einem einführenden geistlichen Wort hielt Konrad Riedel die Festansprache. Bernhard Worms schickte eine Grußadresse aus seinem Wohnort Pulheim. Grußansprachen erfolgten u.a. vom Sächsischen Staatsminister der Justiz, Sebastian Gemkow, den MdBs Bettina Kudla und Dr. Thomas Feist, sowie vom Vorsitzenden der sächsischen Senioren-Union, Klaus Leroff. Ausführlicher Bericht: www.cdu-leipzig-senioren.de ■



Nach einem einführenden geistlichen Wort von unserem Mitglied, Hartmut Nischik, hielt der Vorsitzende der Senioren-Union Leipzig, Konrad Riedel, die Festansprache.

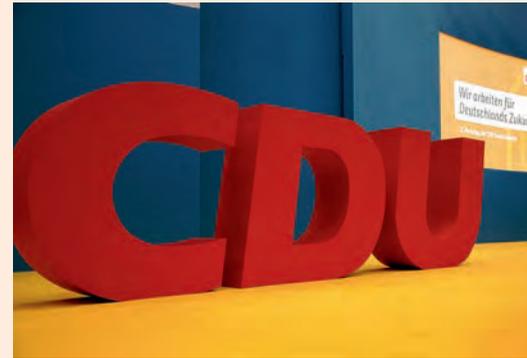


**Als Landesvorstand bestätigt:
Prof. Dr. Wolfgang Merbach**

29. Bundesparteitag der CDU: Im Herzen des Ruhrgebiets

Essen ist einmal mehr Schauplatz des Bundesparteitags der CDU, der vom 5. bis 7. Dezember 2016 in der Grugahalle stattfinden wird. Zu dem jährlichen Treffen von rund 1.000 CDU-Delegierten aus allen Teilen der Republik werden mindestens noch einmal so viele Gäste, Journalisten und Parteitagsbeobachter erwartet, schließlich stehen auch die mit Spannung erwarteten Neuwahlen zum Bundesvorstand an. Ein Blick in die Historie: Beim letzten in Essen stattfindenden Bundesparteitag wurde Angela Merkel im April 2000 als Nachfolgerin von Wolfgang Schäuble zur CDU-Vorsitzenden gewählt, was ihren Weg ins Bundeskanzleramt entscheidend ebnete.

Auch die Senioren-Union wird selbstverständlich mit ihren Delegierten, inhaltlichen Ausrufezeichen in Form von



Anträgen an den Parteitag sowie auf dem Gemeinschaftsstand mehrerer CDU-Vereinigungen in Essen präsent sein. Wie in den vergangenen Jahren sind auch diesmal alle Teilnehmer herzlich eingeladen, bei der Senioren-Union vorbeizuschauen und zum Fachsimpelele oder einfach nur zum Netzwerken zu verweilen. ■

Ordensverleihung: Ungarn ehrt Heinz Soth

In einer feierlichen Zeremonie in der Ungarischen Botschaft in Berlin wurde der Bundesschatzmeister der Senioren-Union der CDU, Heinz Soth, mit dem Ritterkreuz des ungarischen Verdienstordens ausgezeichnet. Dr. Peter Györkös, außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter von Ungarn in der Bundesrepublik Deutschland, hob in seiner Laudatio hervor, dass es ihn außerordentlich freue, diesen Orden im Auftrag des ungarischen Staatspräsidenten, Herrn János Áder, überreichen zu können. Die von seinem Vorgänger, Botschafter József Czukor, initiierte Auszeichnung würdige das seit über 20 Jahren anhaltende Wirken Soths für die Optimierung der bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Ungarn insbesondere im Rahmen der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft, der Soth seit dieser Zeit angehört.

Im Beisein des Bundesvorsitzenden der Senioren-Union, Prof. Dr. Otto Wulff, vieler Mitglieder des geschäftsführenden Bundesvorstandes und politischer Weggefährten, dankte Heinz Soth in seiner Rede für die ihm zuteil gewordene Ehre und be-

gründete die ursprüngliche Motivation für sein Handeln. „Es ging nicht nur um die Bereicherung, mit ungarischen Freunden zu diskutieren. Am Anfang meiner Arbeit für gute deutsch-ungarische Beziehungen stand vielmehr ein Dank an das freiheitsliebende Volk der Ungarn. Ich bin aus Ostdeutschland aus bekannten Gründen nach Westdeutschland gekommen und weiß, wie unser Land durch Mauer und Stacheldraht gelitten hat. Als Helmut Kohl im Dezember 1989 anlässlich seiner Verleihung der Ehrendoktorwürde der Universität Budapest in Ungarn war, sagte er in seiner Dankesrede, tief bewegt und überzeugend, es sei Ungarn gewesen, das die ersten Steine aus der Mauer in Berlin geschlagen habe. „Für diese historische und unvergessene Leistung der Ungarn meinem Land gegenüber



bin auch ich Ihrem Land, Exzellenz, mein Leben lang dankbar gewesen.“ Die Kenntnis dieser historischen Tatsachen helfe, die aktuellen politischen Herausforderungen der Flüchtlingsproblematik auf europäischer Ebene pragmatischer anzugehen und aufgeschlossener aufeinander zuzugehen. ■



Migranten integrieren – aber wie?



Warum und wie Migranten in das gesellschaftliche Leben zu integrieren sind, war Thema eines Workshops der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in St. Augustin. Dass die christdemokratischen Parteien für sie offen sein sollten, war Konsens. Dr. Stefan Gehrold, Europa-Büro der KAS, sprach sogar von einer „Verpflichtung“ zur Aufnahme. Ihre Platzierung auf Kandidatenlisten sollte langfristig die Vertretung von Minderheiten auf der politischen Ebene ermöglichen. Die ESU-Präsidentin em. Prof. Dr. An Hermans (Brüssel), Moderatorin der Veranstaltung, meinte, dass nicht allein auf die politische Ebene zu schauen sei – vielmehr ginge es darum, den Neubürgern eigene Erfahrungen im Zusammenleben in einer multinationalen Gesellschaft zu vermitteln. In der Diskussion wurden immer wieder die gemeinsamen Interessen der „Eingesessenen“ und Migranten betont, aber auch spezifische (Wahl-)Kampagnen für die Asylsuchenden vorgeschlagen, die ihnen das Einleben erleichtern helfen.

„Die demographische Krise überwinden“



Den Folgerungen des demographischen Wandels für die Zusammenarbeit der Generationen ging die erste ESU-Regionalkonferenz in Slowenien nach. Dazu waren 100 Personen aus sechs Ländern angereist – eingeladen von den drei mit der ESU verbundenen Seniorenverbänden. Junge Christdemokraten waren ständig anwesend. Wie Anton Bogataj, Vorsitzender der SLS-Senioren und ESU-Vizepräsident, mitteilt, wurde die Anwesenheit der drei Parteivorsitzenden als Ausdruck der Wertschätzung ihrer Senioren gewertet. In einer ERKLÄRUNG wird von den Staaten koordiniertes Handeln zur Bewältigung der Flüchtlingsströme und der „demographischen Krise in Europa“ gefordert, wozu die Erhöhung der Geburtenrate zählt. Mit der ESU-Präsidentin An Hermans nahmen

sieben Präsidiumsmitglieder an der Diskussion teil – unter ihnen Dr. Gabriele Peus-Bispinck aus Münster. Sie betonte die Bedeutung der Familie zur Vermittlung europäischer Werte und konkreter Solidarität der Generationen.

„Mein europäischer Weg“



Dr. Hans-Gert Pöttering (71) (unser Bild) stellte in Berlin die 2. Auflage seines Erfolgsbuches „Wir sind zu unserem Glück vereint – Mein europäischer Weg“ vor. Gegenüber der Erstausgabe ist es um ein Kapitel über das schwierige Verhältnis zur Türkei, die Rolle Großbritanniens im vereinten Europa und die Zukunft Europas erweitert. Pöttering, Präsident der Konrad-Adenauer-Stiftung, hat als Fraktionsvorsitzender der EVP und Präsident des Europäischen Parlaments an Gesprächen und Entscheidungen auf hoher europäischer Ebene teilgenommen und sie mitgestaltet. Sein Buch wird als Autobiographie gewertet. Darauf verwies auch Bundesminister Wolfgang Schäuble in seiner Laudatio. Beide waren sich darin einig, dass es die Deutsche Ein-

che, zugute. (Buch erhältlich bei der Adenauerstiftung.) Anlässlich der Präsentation eines Sammelbandes „Mein Polen – Meine Polen“ in Wrocław/Breslau diskutierte Pöttering über die aktuelle politische Lage Europas und die deutsch-polnischen Beziehungen. Das im Harassowitz-Verlag erschienene Buch enthält Beiträge u.a. von Frank-Walter Steinmeier, Roman Herzog, Norbert Lammert und Bernhard Vogel. Herausgegeben wurde es von Dieter Bingen (Darmstadt), Prof. Matthias Weber (Oldenburg) und Prof. Marek Holub (Breslau). Die Veranstaltung war Teil eines Germanistenkongresses in der „Europäischen Kulturhauptstadt 2016“.

Kirchenführer in Israel: Das Gemeinsame betonen!



Anlässlich des „Laubhüttenfestes“ waren die leitenden Bischöfe der kath. und evangelischen Kirche in Deutschland Gäste des israelischen Staatspräsidenten. Präsident Reuven Rivlin, Kardinal Marx und Bischof Dr. Bedford-Strom betonten dabei nachdrücklich die gemeinsamen Wurzeln jüdischen und christlichen Glaubens. Im Dialog sollte daher das Gemeinsame gegenüber dem Trennenden die Oberhand behalten. Die führenden Repräsentanten der Ökumene aus Deutschland hielten sich zu einer Pilgerreise im Heiligen Land auf. Hintergrund sind die 2017 anstehenden Feierlichkeiten zum 500. Jahrestag der Reformation.

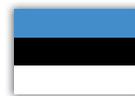


Copyright EU-Parlament

Dr. Hans-Gert Pöttering – ein Europäer des Herzens und der Tat

heit ohne die EU 1990 nicht gegeben hätte. Allein das rechtfertigt den weiteren Einsatz für die Integration Europas – allen Unkenrufen zum Trotz. Pöttering ist Mitglied der Senioren-Union. Der Verkaufserlös seines Buches kommt „Renovabis“, einem Osteuropa-Hilfswerk der kath. Kir-

„Das sichere Europa“ aus estnischer Sicht ...



...war Thema einer Konferenz in Tallinn, zu der Ann Räämet eingeladen hatte. Sie ist Präsidentin des Seniorenverbandes der Pro Patria und Public Union. Durch ihre Initiative kamen Mitglieder dieser christdemokratischen Partei aus dem ganzen Land zusammen, darunter ältere Bürger, die einer der sechs aktiven Basisgruppen des Seniorenverbandes angehören. Partei-



vorsitzender und Sozialminister Margus Tsahkna informierte über die aktuelle politische Situation und die Entwicklung des Pensionssystems. Die äußere Sicherheit behandelte Marko Mihkelson, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses im Riigikogu (Parlament). Er stellte fest, dass die Kapazitäten zur Verteidigung des Landes zu seiner Genugtuung in letzter Zeit erhöht wurden. Estland ist Ostsee-Anrainer und Nachbar Russlands.

BAGSO – Vorbild für Polen



Das erfolgreiche Wirken der BAGSO vor Augen, will Janusz Marszalek, Vorsitzender der Polnischen Senioren Union (PUS), in seinem Land eine ähnliche Institution, also den Zusammenschluss der Seniorenverbände, initiieren. Anlässlich der Vorstellung des Deutschen Alterssurveys durch BAGSO und des Deutschen Zentrums für Altersfragen (DZA) traf er mit dem BAGSO-Generalsekretär erste Verabredungen. Marszalek, der auch Vizepräsident der ESU ist, hat bereits die Gründung eines landesweiten Seniorenrates bewirkt, dessen Verankerung in den Wojewodschaften und Kommunen nun im Gange ist. Kürzlich ist er zusammen mit ESU-Ehrenpräsident Leif Hallberg aus Stockholm in Krynica auf einem Kongress der „Universitäten des dritten Lebensalters“ aufgetreten.

Die Abschaffung der Zeitemstellung ...

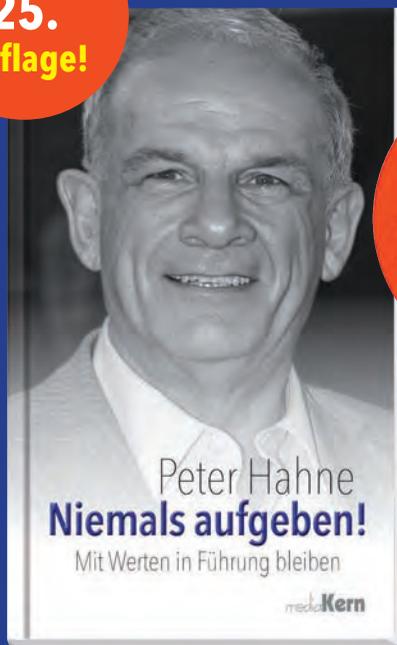


fordert die Vorsitzende des Österreichischen Seniorenbundes, Ingrid Korosec. Sie ist sich mit ihrem Generalsekretär Heinz K. Becker, Vizepräsident der ESU und Europa-Abgeordneter, darin einig, dass der angeblichen Energieersparnis erheblicher Aufwand und massive Gesundheitsschäden gegenüberstehen. Auch Herbert Reul MEP, CDU/CSU-Gruppe im EP, setzt sich – gestützt auf neueste Forschungen – für dieses Ziel ein. Die Mehrheit der Bürger sieht das genauso.

Alle Texte Ulrich Winz

Jetzt verschenken + verteilen!

Bereits
25.
Auflage!



Nr. 5.121.005 € 9,95

2 x
SPIEGEL
Bestseller



Nr. 894.085 € 10,-

Jetzt aktueller denn je!

Greift der **Islam** nach Deutschland?

Welche **Werte** sind uns heilig? Was lehrt unsere **Geschichte**?

Klartext zu Genderwahn, Political Correctness, Bildungsnotstand, **Jugendwahn**, Diffamierung des »Normalen« als **rechts** ...



Ein preiswertes und repräsentatives Geschenk zur Adventszeit. Informieren Sie sich auch über die **Kalender 2017** von Hahne.

Nr. 5.123.507 € 9,95

media**Kern** GmbH im **Kawohl Verlag** e.K.
46485 Wesel · Blumenkamper Weg 16 · Tel 0281 96299-0 · www.kawohl.de

Seniorenrechte Kommunen:

(Fast) alle gewinnen

Die Sozialausgaben der Kommunen steigen rasant – nicht zuletzt aufgrund des demografischen Wandels. Ein immer größerer Teil der Kosten fließt in die Heimunterbringung von alten Menschen. Gelingt es, den Eintritt in Pflegeheime nach hinten zu schieben, können Kosten vermieden werden. Geht nicht? Geht wohl. Das Zauberwort heißt seniorenrechte Kommune. Werden finanzielle Ressourcen für umfassende ambulante Serviceleistungen für Senioren und für barrierefreie Wohnungen mit Assistenzsystemen eingesetzt, kann die Heimunterbringung oft nach hinten geschoben werden. Ein Plus für die Menschen und für die Kommune, die für die Heimunterbringung finanziell geradesteht, wenn die Rente der Pflegebedürftigen nicht ausreicht. „Eine ambulante Unterstützung von Senioren kostet die Kommune gerade einmal ein Drittel von dem, was die Kommune für einen Heimplatz aufzuwenden hat“, rechnet Carolin Herrmann, Chefin der Kölner Unternehmensberatung „Schnittpunkt Alter“, den Kommunen vor. Sie plädiert daher für ein engmaschiges ambulantes System.

Ein solches System bündelt die Informationen und Beratungen, die alte Menschen und ihre Angehörigen benötigen: Das reicht von Fragen der hauswirtschaftlichen Unterstützung über Informationen rund um das Einkaufen und Möglichkeiten des Mittagessens, beinhaltet Gesundheits- und Ernährungsberatung genauso wie Auskünfte rund um ambulante Pflege, Pflegedienste, zu Leistungen der Pflegekassen oder Krankenkassen und stellt Adressen von Seniorenbegleitern wie von Alltagsbegleitern bereit. Denn gutfunktionierende ambulante Systeme sind eng verknüpft mit Seniorenbetreuern und Alltagshelfern, die verständnisvoll auf die Bedürfnisse der alten Menschen eingehen. Die Kommune sollte es daher als eine wichtige Aufgabe verstehen, den Kontakt zu Senioren- und Alltagsbegleitern herzustellen, oder mithelfen, ein solches System aufzubauen.

Das lebendige Quartier mit vielen Serviceleistungen für die Senioren ist die eine Seite der Medaille, das technikbasierte Quartier die andere. Denn eine ganz wichtige Voraussetzung, dass Senioren möglichst lange

Altersgerechte Assistenzsysteme

AAL ist die Kurzform für Ambient Assisted Living oder altersgerechte Assistenzsysteme, kurz AAS. Diese Systeme stehen für eine intelligente Wohnumgebung, die im Idealfall das selbstbestimmte Wohnen auch dann ermöglicht, wenn die körperlichen – teils auch die geistigen – Fähigkeiten eingeschränkt sind. Besser leben durch Technik und länger selbstständig leben durch diese Technik, das ist das Ziel.

in ihren vier Wänden bleiben können, ist neben der ambulanten Versorgung eine seniorenrechte Wohnung.

Für die Kommunen wird es sich vermutlich rechnen, wie die allerersten Ergebnisse eines neuen Projektes von Professor Dr. Bernd Halfar von der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt zeigen. Wird nicht nur barrierefrei gebaut, sondern gleich die Basis für ein AAL-System (s. Kasten) geschaffen, kann die Wohnung sozusagen mit ihren Bewohnern altern. Das sind anfangs Mehrkosten von rund 3.000 Euro, weiß Professor Halfar. Quasi ein Nichts, wenn der betreffende alte Mensch dann Monate länger zu Hause verbleiben kann, weil seine Wohnung bei Bedarf technisch seniorenrecht aufgerüstet werden kann. BHK ■

Altersarmut?

Da will ich mitreden!

Lieber
NICHT arm
dran

Zukunftsfeste Rente

Welche Änderungen sind am deutschen Alterssicherungssystem notwendig, um die Rente vor dem Hintergrund des demographischen Wandels zukunftssicher zu gestalten? Dieser Frage geht die Konrad-Adenauer-Stiftung in einem 240-seitigen Sammelband nach. Namhafte Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik analysieren die aktuellen Herausforderungen der umlagefinanzierten Rente und geben verschiedene Handlungsempfehlungen ab. Diese reichen von Reformmaßnahmen wie einer verpflichtenden betrieblichen Altersvorsorge über höhere Freibeträge in der Grundsicherung bis hin zu einer umfassender Erwerbstätigenversicherung inklusive steigendem Rentenniveau. Insbesondere vor dem Hintergrund der beginnenden öffentlichen Debatte um die Alterssicherung liefert dieses Buch einen hervorragenden Überblick über den aktuellen Stand der deutschen Rentendebatte.

Köster, Thomas (Hrsg.): Zukunftsfeste Rente. Neue Impulse für die Alterssicherung. Herder-Verlag, Freiburg, 2016, 25,99 EUR, ISBN: 978-3-451-37706-8

Wohin führen die Alternativen der AfD?

Dieser Faktencheck des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU verfolgt die Absicht, an zentralen Punkten über die Programmatik und Strategien der AfD sachlich und klar nachvollziehbar zu informieren. Es geht hierbei ganz ausdrücklich nicht um eine Verunglimpfung dieser Partei, ihrer Wähler oder ihrer Unterstützer, sondern um das nüchterne und zugleich kritische Aufdecken der Faktenlage. Jeder politisch Interessierte wird so in die Lage versetzt, sich selbst ein Bild vom Charakter und den politischen Absichten der AfD zu machen.

Die Basis dieses Faktenchecks bilden das neue AfD-Grundsatzprogramm,



aber auch Äußerungen führender AfD-Vertreter und andere Positionierungen der jüngsten Vergangenheit. „Mut zur Wahrheit“ – mit diesem Slogan will die AfD auf sich aufmerksam machen und sich damit den Nimbus geben, die etablierten Parteien (in ihrem bezeichnenden Sprachjargon: „die politische Klasse“) als Leugner bzw. Verdunkler derselben bloß zu stellen. Der vom EAK vorgelegte Faktencheck nimmt einige dieser vermeintlichen „Wahrheiten“ der AfD unter die Lupe und zeigt auf, dass die Sätze aus der Präambel des AfD-Grundsatzprogramms vielfach im Gegensatz zu den darauffolgenden programmatischen Aussagen und Forderungen stehen.

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU (Hrsg.): Wohin führen die Alternativen der AfD – ein Faktencheck, Juni 2016, 36 Seiten, kostenloser Download unter www.eak-cducu.de

„Wir sind zu unserem Glück vereint“

Hans-Gert Pöttering, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments und einziger Abgeordneter, der seit der ersten Direktwahl 1979 dem Parlament angehörte, hat ein überaus lesenswertes Buch geschrieben. Sein Titel lautet: „Wir sind zu unserem Glück vereint.“ Es behandelt in sehr spannender Weise den Einfluss des Europäischen Parlaments im Verlauf der Verhandlungen über die Deutsche Einheit und gibt einen interessanten Einblick in viele persönliche und bislang unbekannte Gespräche des Autors mit den bedeutenden Staatsmännern in der Zeit der Wende.

Sehr anschaulich schildert er im Rückblick auf seine Jugendjahre seine ersten Begegnungen mit der Politik, die ihn neugierig machten und schließlich seine Leidenschaft für die res publica entfachten. Für nicht wenige unter den Seniorinnen und Senioren werden wieder eigene Erfahrungen und Erlebnisse lebendig, an die sie sich noch genau erinnern können. Und für die Jüngeren gibt das Buch interessante Hinweise darauf, wie intensiv Politik ein Leben beeinflussen und wie man mit ihr umgehen kann. Das macht die Lektüre des Buches ebenso ansprechend

wie reizvoll. Es hält Ereignisse wach, die nicht vergessen werden dürfen, und erinnert daran, dass selbst die kühnsten Ideen in der Politik einmal Wirklichkeit werden können, so man geduldig und verlässlich bleibt und die Hoffnung nicht aufgibt.

Darüber hinaus gibt es einen höchst informativen Überblick über die Vielfalt des Europäischen Parlaments mit all seinen temperamentvollen und sogar explosiven Seiten. Schließlich beweist das Buch überzeugend die Bedeutung Europas als Hoffnungsträger für alle Menschen in der Welt, die der Freiheit verbunden sind.

Nun ist das Buch in einer zweiten, erweiterten und aktualisierten Auflage erschienen mit der Beschreibung der besonderen und schwierigen Verhältnisse zwischen der Türkei und der Europäischen Union. Ausgesprochen spannend erweist sich die Lektüre, wenn der Autor gemeinsam mit Jacques Delors, dem Ehrenbürger Europas, die weitere Entwicklung Europas unter den Auswirkungen der Ereignisse im Nahen Osten und der zukünftigen Rolle Großbritanniens auf dem Kontinent analysiert. Natürlich werden dabei auch nicht die Probleme der Flüchtlingspolitik ausgeklammert. Vielmehr gibt es interessante Hinweise auf eine europäische Lösung der umfangreichen Schwierigkeiten.

Hans-Gert Pöttering: „Wir sind zu unserem Glück vereint“ – ein sehr empfehlens- und lesenswertes Buch! Erschienen im Böhlau-Verlag, Köln – Weimar – Wien, ISBN 978-3-412-22262-8

Prof. Dr. Otto Wulff
Bundesvorsitzender
der Senioren-Union der CDU





DIE AMADEUS-ART DES REISENS

Eine AMADEUS-Flusskreuzfahrt verbindet auf ganz wunderbare Weise die Annehmlichkeiten eines schwimmenden Komforthotels mit dem Entdecken von Ländern und Menschen entlang Europas schönster Wasserwege. An Bord eines unserer Premium-Schiffe gleiten Sie durch traumhaft schöne Landschaften, lernen pulsierende Metropolen und unzählige Kulturjuwelen kennen – und genießen dabei höchste Qualitätsstandards in puncto Ausstattung, Gastronomie und Service.



Klassischer Rhein

7 Nächte Kreuzfahrt Amsterdam – Basel
oder Basel – Amsterdam auf der
MS AMADEUS Princess

pro Person schon ab **581€**

Donau Rhapsody

7 Nächte Kreuzfahrt
Passau – Budapest – Passau auf der
MS AMADEUS Elegant

pro Person schon ab **434€**

Südfrankreich erleben

7 Nächte Kreuzfahrt
Lyon – Chalon-sur-Saône – Arles – Lyon
auf der brandneuen MS AMADEUS
Provence

pro Person schon ab **884€**

Katalog, Beratung und Buchung bei Amadeus Flusskreuzfahrten GmbH.

Kostenlose Hotline (nur für Senioren-Union): **0 800 / 8745687**

E-Mail: info@amadeus-flusskreuzfahrten.de

www.amadeus-flusskreuzfahrten.de